alhambra zeitung und programm

januar / februar 2011

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

schwerpunkt: (post-)kolonialismus
Mini Intro 8
Kolonialismus, Postkolonialismus, das Universum und der ganze Rest 12
Die Fessel, die uns Gefangen hält 20

antimuslimischer rassismus
Von der „Rasse" zur „Kultur" 22
Rassismus mit Tischmanieren 25

internationalismus
Ein Mandat der Mandate 27

feminismus
Sag mir mit wem du schläfst! Oder: Wieviel Ordnung muss sein? 32

leserbrief 34

Ankündigungen 36

Editorial

Einige haben sich vielleicht über den Titel gewundert. Was sollen denn die zwei Straßenschilder da? Am 12. Dezember hat die Gruppe „Oldenburg postkolonial" die Bismarckstraße in Thomas-Sankara-Straße umbenannt. Die im Dobbenviertel gelegene Bismarckstraße ist dem ehemaligen deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck gewidmet. Dieser war zum Beispiel der Vorsitzende der sogenannten „Kongo-Konferenz" 1884, bei der zum Einen der afrikanische Kontinent unter den europäischen Kolonialmächten aufgeteilt und zum Anderen völkerrechtliche Rahmenbedingungen für die Ausübung kolonialer Herrschaft geschaffen wurden.

Thomas Sankara (1949-1987) war ein antikolonialer Revolutionär und der Präsident von Burkina Faso, bis ihn die Kolonialmächte und der zukünftige prokoloniale Diktator Blaise Compaoré 1987 ermorden ließen. Die Bevölkerung Burkina Fasos wird bis heute durch dieses Regime unterdrückt. Da das so gut zu unserem Schwerpunkt (Post-)Kolonialismus passt, haben wir uns entschieden einen Titel daraus zu basteln. Mehr dazu, was wir mit diesem Schwerpunkt wollen und was das alles mit Oldenburg zu tun hat, könnt ihr in der Einführung auf Seite 8 lesen.

Passend zum Thema wird im Januar auch eine Veranstaltungsreihe stattfinden, die wir euch wärmstens ans Herz legen wollen. Dort werden politische und kulturelle Kämpfe gegen Kolonialismus ebenso Thema sein, wie aktuelle Projekte transnationaler Vernetzung gegen Neokolonialismus und für Bewegungsfreiheit (Afrique-Europe-Interact).

Der Castortransport ins Wendland ist gerade mal anderthalb Monate her und vielen wahrscheinlich noch sehr gut in Erinnerung, weil sie sich am Widerstand beteiligt haben. Diejenigen, die nicht selber beteiligt waren, haben die Proteste sicherlich über die Medien verfolgt, denn die mediale Präsenz war beim diesjährigen Castortransport nach Gorleben wirklich enorm. Dies ist zum einen der derzeit starken Anti-Atom-Bewegung, die von einem klaren Feind (Schwarz-Gelb) profitiert, zu verdanken. So ist in diesem Jahr eine zunehmende Akzeptanz für den Anti-Atom-Protest in der Gesellschaft zu verspüren. Zum anderen beruht die enorme Präsenz auf der Arbeit der Kampagne „Castor? schottern!", die dazu geführt hat, dass es eine öffentlich geführte Diskussion darüber gab, ob die Beschädigung von Gleisen legitimer ziviler Ungehorsam ist.

Die Massenaktionen – „Castor? schottern!", und die Blockaden von Widersetzen und X-Tausend-Mal-Quer – ermöglichten vielen auch unorganisierten und unerfahrenen Menschen die Teilnahme am Widerstand über die Großkundgebung hinaus. Und nicht zu vergessen sind die zahlreichen und lang andauernden Treckerblockaden, die die Bullen erheblich daran hinderten Nachschub zu liefern und damit die (Schienen-)Blockaden zu räumen.

Auch wenn die Sabotage-/Blockadeaktionen (insbesondere im Zusammenspiel) als erfolgreich zu bewerten sind, war die Bullengewalt doch massiv. So wurden mehr als 1000 Verletzte gezählt, davon auch mehrere Schwerverletzte mit Knochenbrüchen.

Für Mitte Dezember waren eigentlich zwei weitere Atommülltransporte geplant: einer von Cardarache (Südfrankreich) nach Lubmin bei Greifswald und der andere von Ahaus nach Majak (Russland). Der Castortransport nach Russland wurde in letzter Minute abgesagt. Majak und die Region um Tscheljabinsk im Süd-Ural (Sibirien) sind seit der Explosion eines radioaktiven Tanks im Jahr 1956 die am stärksten radioaktiv verseuchte Region weltweit. Der Atommülltransport nach Lubmin wird durchgeführt werden. Erfreulicherweise hat sich auch in der Region um das Zwischenlager Lubmin und an vielen Orten entlang der möglichen Transportstrecken Widerstand formiert.

Wir haben uns sehr über den Leserbrief (Seite 34) gefreut der uns erreicht hat – und würden uns über mehr Leser_innenbriefe natürlich noch mehr freuen (und auch über Schoki!). Es tut natürlich gut zu hören, wenn unsere Zeitung gefällt – und auch die Kritik wollen wir hören! Ja, der Text „Wieso soll ich sexistisch sein? Ich bin Anarchist!" bietet erst mal keine Handlungsoptionen, sondern ist „nur" ein Appell an weiße, männlich sozialisierte Menschen sich ihrer Privilegien und ihrer Rolle bewusst zu werden – und das jeden Tag, jede Minute. Doch ist er sicher nicht nur für diese interessant zu lesen. Wir sehen den Text als Teil einer (losen) Reihe in der wir versuchen wollen, antisexistische Praxis stärker in „der Linken" zu verankern, Diskussionen auszulösen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen – was wir ja auch schon in der letzten Ausgabe getan haben (Text zur Definitionsmacht). Sicher ist, dass die Diskussion über kollektive Handlungsmöglichkeiten viel intensiver geführt werden muss, wir freuen uns daher auch auf die Veranstaltung zu antisexistischer Unterstützungsarbeit am 11. Januar um 19:30 hier im Alhambra.

Am 5. Januar hat die NWZ einen „besonderen" Gast für eine Lesung eingeladen. Bei dieser Person handelt es sich um niemand anderen als den (Sozial-) Rassisten Thilo Sarrazin. Dass Sarrazin ein riesen Arschloch ist, müssen wir hier wohl nicht weiter erläutern. Was wir jedoch nicht übersehen sollten, ist dass ein Sarrazin nicht einfach so aus den Wolken fällt, sondern gleichermaßen ein Produkt wie auch ein Spiegel

der Gesellschaft ist. In dieser Gesellschaft hat, und dass nicht erst seit Sarrazin, antimuslimischer Rassismus Hochkonjunktur. In Berlin gibt es fast wöchentlich (zum Glück meist nicht erfolgreiche) Anschläge auf Moscheen und vermeintlich muslimische oder arabische Einrichtungen. Medial findet dies keinerlei Gehör – „Integrationsverweigerung" und „kleine Kopftuchmädchen" stehen hingegen hoch im Kurs. In der Schweiz wurde Ende November die so genannte „Ausschaffungsinitiative" angenommen. 53% der Wähler_innen stimmten für den Vorschlag der SVP (Schweizer Volkspartei), „kriminelle Ausländer" automatisch auszuschaffen (abzuschieben). Damit ist ein Jahr nach dem Schweizer Minarettverbot die wohl härteste Gängelung von Migrant_innen in Europa durchgesetzt. Denn die Liste der Delikte, die die Abschiebung einer Person in Gang setzen sollen, ist lang: Sie setzt Mord und Sexualstraftaten gleich mit so genanntem Sozialhilfebetrug. Ausgewiesen wird ungeachtet der Lage in dem vermeintlichen Herkunftsland und dem Alter der betroffenen Person. Bei Bekanntwerden des Ergebnisses kam es in Bern und Zürich zu Ausschreitungen. In Zürich gab es eine unangemeldete Demonstration mit zeitweise 2000 Menschen.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns dazu entschieden, einen zweiten „kleinen" Schwerpunkt dem Thema antimuslimischen Rassismus zu widmen. Der Text „Von der ‚Rasse' zur ‚Kultur'" gibt einen guten Überblick auf die Struktur von antimuslimischem Rassismus und den verschiedenen Ebenen (bspw. eine Kritik an der „islamischen Kultur") über die er legitimiert wird. Der zweite Text „Rassismus mit Tischmanieren" zeigt ziemlich beeindruckend, worin es in der Integrationsdebatte eigentlich geht bzw. welche Mechanismen sich dahinter verbergen. Lassen wir den kulturalistischen Quatsch-Diskurs mal bei Seite, wird relativ schnell klar, dass die zentrale Frage der Integrationsdebatte eine soziale und keine kulturelle ist.

Exemplarisch lässt sich an dieser Debatte wieder einmal zeigen, dass auch die radikale Linke nicht frei von den herrschenden Diskursen ist. Besonders deutlich hat dies aktuell mal wieder der Artikel der Antifa [f] „Gegen linke Bewusstlosigkeit – für einen konsequenten Antifaschismus!" aus der Interim (720) gezeigt. Unter dem Deckmantel der Islamismuskritik werden hier bis zum Erbrechen gesellschaftliche Sterotype, vom „aufgeklärten Okzident" und seinem Gegenüber – dem „rückständigen Orient" – reproduziert und manifestiert. Wir fangen jetzt aber nicht an von der Bürde der weißen Antifa...

Ziemlich erfreulich finden wir hingegen, dass bezüglich des Sarrazin Besuchs in Oldenburg am 5. Januar gerade versucht wird, ein möglichst breites Bündnis auf die Beine zu stellen, um der widerlichen Veranstaltung etwas entgegen zu setzen. Das Bündnis will ideell und konkret aktionistisch, der Hetze gegen Migrant_innen und Arme eine Auseinandersetzung um eine solidarische Gesellschaft entgegensetzen.

Im Artikel „Ein Mandat der Mandate" wird über den „Kongress der Bevölkerungen" berichtet. Er stellt eine der größten aktuellen Organisierungen von Unten in Kolumbien dar und fand im Oktober in Bogotá statt. Extrem beeindruckend dabei ist die Breite der Bewegung: Verschiedenste soziale Gruppen kämpfen gemeinsam – und bringen dabei trotzdem sozialrevolutionäre Forderungen zustande! Vielleicht werden einige von euch denken, dass das ja alles ganz schön weit weg ist von der eigenen Lebensrealität und fragen sich, warum wir diesen Artikel abdrucken. Dafür gibt es mehrere Gründe, aber in erster Linie finden wir es grundsätzlich wichtig, auch mal über den eurozentristischen Tellerrand zu blicken. Dabei halten wir uns an die alte Einsicht, dass Befreiung nur international von Statten gehen kann. Soziale Bewegung von Unten ist also nicht weniger interessant, wir können nicht weniger von ihr lernen und sie ist nicht weniger wichtig für eine Perspektive der Befreiung, nur weil sie ein paar Tausend Kilometer weit weg kämpft. Dabei geht es uns nicht darum, in die Bewegungen irgendeine sozialrevolutionäre Romantik hineinzuprojezieren. Dennoch kommen wir nicht umhin zu sagen, dass wir uns aus unserer Sicht deutlich mehr als eine Scheibe davon abschneiden sollten. Last but not least: Soziale Bewegungen gegen Imperialismus und kapitalistische Ausbeutung, die sich auch ganz konkret gegen multinationale Konzerne und supranationale Institutionen, wie IWF, Weltbank, WTO und NATO richten, kämpfen auch gegen die herrschende Klasse der BRD, deren Interessen auch in Kolumbien durch das Militär verteidigt werden.

Ohne Zweifel stehen auch im nächsten Jahr einige Naziaufmärsche an. Im Februar werden wieder tausende Nazis aus ganz Europa versuchen die Bombardierung Dresdens zu einem „Völkermord aus der Luft" zu stilisieren. In gewisser Weise knüpfen sie damit an gesamtdeutsche und Dresdener Diskurse zur Bombardierung Dresdens im Februar 1945 an. Dresden war und ist ein zentrales Motiv für das Leiden der „unschuldigen Zivilbevölkerung" geworden, für ein Geschichtsbild also, in dem auch die Deutschen während des Nationalsozialismus vor allem Opfer waren. Der alljährlich als Trauermarsch inszenierte Großaufmarsch stellt mit zuletzt über 6.000 Teilnehmer_innen den größten Naziaufmarsch Europas dar. Also, achtet auf Ankündigungen und lasst uns auch diesen Aufmarsch erfolgreich blockieren.

Die Bremer NPD hat den 1. Mai zum Höhepunkt ihres Bürgerschaftswahlkampfs erkoren und will einen „Sozialkongress" mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt auf der Bürgerweide veranstalten. Von dort soll dann ein Aufmarsch in die Innenstadt starten. Das antifaschistische Bündnis scheint jedoch gut aufgestellt. Da heißt's ja wohl wie 2006 schon: „Keinen Meter!"

Viel Spaß mit dieser Ausgabe wünscht euch,

eure Redaktion

Erfolgreicher Streik bei Atlas!?

Ganderkesee Mit einem fünfwöchigen Streik konnten die 650 Arbeiter_innen der niedersächsischen Altlas-Maschinenbau GmbH die Angleichung ihrer Löhne an den Flächentarifvertrag erzwingen. Eigentümer und Gesamtbetriebsrat unterzeichneten dafür eine »Gesamtzusage«. Atlas-Chef Fil Filipov hatte sich bis zuletzt geweigert, einen Tarifvertrag mit der Metallgewerkschaft abzuschließen. Ende November erklärte er sich jedoch bereit, alle inhaltlichen Forderungen der Streikenden zu erfüllen. Im März 2010 hatte Filipov den Kran- und Baggerhersteller Atlas für einen Euro vom US-amerikanischen Terex-Konzern übernommen. Er wollte danach unbezahlte Mehrarbeit sowie Entlassungen durchsetzen und drängte seine Angestellten, neue Arbeitsverträge einzugehen. Außerdem wollte der Atlas-Eigner die Fortschreibung des Flächentarifs verhindern. Die IG Metall unternahm erfolglos mehrere Versuche, mit Filipov ins Gespräch zu kommen. Die Gewerkschaft leitete schließlich Mitte Oktober eine Urabstimmung ein.

Der Streik begann Ende Oktober im Werk Ganderkesee. Wenige Tage später wurde der Arbeitskampf auf die beiden anderen Atlas-Fabriken in Delmenhorst und Vechta ausgeweitet. Der frühere Terex-Manager Filipov wehrte sich mit harten Bandagen. Gleich am ersten Tag des Ausstands ließ er Videokameras installieren, um die Streikposten zu überwachen. Die IG Metall konnte diese Praxis erst mit einer gerichtlichen Verfügung unterbinden. Im Gegenzug mußte sich die Metallgewerkschaft verpflichten, eines der Werkstore nicht mehr zu blockieren. Filipov hatte entlassene Atlas-Mitarbeiter als Streikbrecher angeheuert und setzte dafür auch Leiharbeiter und Lieferanten ein. In einer spektakulären Aktion ließ er Bauteile mit Hubschraubern befördern, Streikbrecher stiegen durch Löcher im Zaun auf das Werksgelände.

Nachdem Filipovs Verhalten immer offener als »Wildwest«-Methoden bezeichnet wurde und der Druck auf den Eigentümer immer größer wurde zeigte er sich schließlich bereit, die Bestimmungen des Metalltarifvertrages in seinen drei Betrieben voll anzuwenden. Allerdings beharrte er darauf, keinen Tarifvertrag mit der IG Metall abzuschließen, sondern eine Betriebsvereinbarung mit dem Gesamtbetriebsrat. Weil das juristische nicht möglich ist, einigten sich die Beteiligten nach einem 14stündigen Verhandlungsmarathon auf eine »Gesamtzusage«. Dabei handelt es sich um einen kollektiven Arbeitsvertrag.

Trotz dieses (vermeintlich) inhaltlichen Erfolgs ist das Ergebnis durchaus fragwürdigen. Zwar konnte Atlas-Chef Fil Filipov gezwungen werden, die Löhne an den Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie anzugleichen. Auch der vorgesehene Tariferhöhung von 2,7 Prozent ab dem 1. Mai 2011 stimmte er zu. Aber einen Tarifvertrag mit der IG Metall abzuschließen, was ja die Hauptforderung des Streiks darstellte, lehnte er weiterhin kategorisch ab. Stattdessen gibt es nun für die Beschäftigten Einzelverträge über die Arbeitsbedingungen, welche nach Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat durch eine »Gesamtzusage« unter kollektivem Schutz stehen: allerdings nur bis zum 31. Dezember 2013.

Infoladen Daneben bleibt!

Aurich Am Samstag, den 20.11.2010 demonstrierten ca. 80 Personen unter dem Motto „Infoladen bleibt!". Die unangemeldete Demonstration wendete sich gegen die geplante Umstrukturierung des Infoladens und des JuZ „Schlachthof" durch die städtische Verwaltung. Es wurde die Selbstverwaltung des Infoladens und des Jugendzentrums gefordert.

Nach kurzer Verspätung startete die Demonstration vom Hof des Jugendzentrums „Schlachthof". Trotz des durchwachsenen Wetters verlief sie kraftvoll und lautstark durch das gesamte Auricher Innenstadtgebiet. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend und beschränkte sich auf das Regeln des Verkehrs. Nach einem Redebeitrag zum Auftakt folgten noch Kundgebungen in der Fußgängerzone, auf der Emder Straße, vor dem JuZ im Breiten Weg und auf der Pferdemarktkreuzung.

In den Redenbeiträgen sowie auf Flugblättern und Transparenten wurde der

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

nutzer_innenunfreundliche Alltag im Jugendzentrum thematisiert und kritisiert. Unter Anderem ging es um die Sabotage und die Sanktionierung der eigenständigen und selbstorganisierten Arbeit der Jugendlichen. Weiterhin wurde die repressive Praxis durch die Sozialarbeiter_innen dargestellt. So wurden in den letzten Wochen willkürlich mehrtägige Hausverbote gegen Aktivist_innen verhängt. Außerdem wurde ein Forderungskatalog der Nutzer_innen verlesen, der sich klar gegen das „Eckpunktepapier" der Stadt wendet, das bei einer Durchsetzung die völlige Demontage des Freiraums „Infoladen Daneben" bedeutet.

Nach der Demonstration gab es vor dem JuZ noch ein kleines Feuerwerk und eine VoKü.

Infoladen bleibt!

Freiheit für die kurdischen Jugendlichen!

Stuttgart In den letzten Monaten wurden in Stuttgart & Region zahlreiche Hausdurchsuchungen durchgeführt und bis heute 18 Jugendliche festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen an einem Angriff auf eine Kneipe in Nürtingen beteiligt gewesen zu sein, die regelmäßig von türkischen Faschisten besucht wurde. Dabei wurden 4 Faschisten verletzt. Die Kneipe ist jetzt geschlossen.

Die Jugendlichen wurden mit Hilfe des Vorwurfs des versuchten Mordes verhaftet und befinden sich nun in verschiedenen Knästen über ganz Baden-Württemberg verteilt. Gegen eine Person läuft ein Verfahren nach §129. Neben den Verhaftungen fanden auch zahlreiche Schikanen statt: Eine Person wurde 33 Tage lang eingesperrt bis die Repressionsbehörden herausfanden, dass es sich um eine Namensverwechslung gehandelt habe, Personen wurden kurzfristig verhaftet und mussten wieder freigelassen werden, weil nichts gegen sie vorlag. Familien, Freunde und Bekannte wurden von Polizeibehörden am Telefon und vor Ort belästigt und unter Druck gesetzt.

Für die Untersuchung der Vorfälle in Nürtingen hat sich ein Sonderermittlungsteam namens „Musiknacht" gegründet, das aus 18 Staatsschützern besteht, die nun im breiten Umfang gegen kurdische Jugendliche in Stuttgart & Region ermitteln. Die Ermittlungsgruppe „Musiknacht" spricht von 30-50 Menschen, die an der Aktion beteiligt gewesen sein sollen, was es den Behörden ermöglicht im großen Rahmen gegen die kurdische Linke vorzugehen.

Es stellt sich die Frage ob der Angriff gegen türkische Faschisten in Nürtingen den Repressionsorganen nicht eher nur als ein Anlass dient, um die seit langem im Fadenkreuz des Staates stehende kurdische Szene in Stuttgart auszuleuchten und durch das Wegsperren von Aktivist_innen zu zersetzen und zu schwächen.

Gegen die Kriminalisierung von Revolutionär_innen und Antifaschist_innen aus der Türkei und Kurdistan!
Freiheit für die kurdischen Jugendlichen!

Abschiebung von Roma

Düsseldorf Am 7. und 9. Dezember wurden 200 Roma in den Kosovo und nach Serbien abgeschoben. Dort erwartet sie Diskriminierung, Perpsektivlosigkeit, gesellschaftliche Isolation und Armut. Insgesamt sind es etwa 10 000 Roma, die akut von Abschiebung aus der BRD ins ehemalige Jugoslawien bedroht sind. Antirassistischen Initiativen gelang es inzwischen, in mehreren Bundesländern einen vorübergehenden Abschiebstopp durchzusetzen. Die genannten Charterabschiebungen wurden von Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen ‚gefüllt'.

In Göttingen, Bremen und anderen Städten demonstrierten zahlreiche Menschen gegen die Abschiebungen.

In den letzten Monaten hatten bereits viele Romaselbstorganisationen und Unterstützer_innen Protest organisiert. Im Rahmen der Proteste gegen die Innenministerkonferenz (IMK) in Hamburg organisierte die Gruppe Jugend ohne Grenzen (JoG) eine Demo mit über 2000 Teilnehmer_innen, die durch eine wahnsinnig euphorische Moderation und nicht zuletzt auch durch den Auftritt des Hip Hop-Künsters Cool Mo, dem 2003 durch eine Abschiebung in den Kosovo sein Leben gestohlen wurde, zu einem vollen Erfolg wurde.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Widerstand gegen Massenabschiebungen nach Vietnam

Berlin Als der Gefangenentransporter am 06. Dezember um 5 Uhr morgens aus dem Beriner Abschiebeknast Grünau abfuhr, um 50 Menschen nach Vietnam abzuschieben, kam er zunächst nicht weit. Ein paar hundert Meter weiter starteten Aktivist_innen eine Blockade. Geplant war die Straße vor und hinter dem Bus zu versperren. Beide Blokaden wurden mit Stahlseilen verstärkt. Leider hatten die Bullen eine Flex dabei und konnten deshalb innerhalb kurzer Zeit die Blokade schnell auflösen. Die Menschen wurden von der Straße geprügelt, aber immer wieder versuchten sie auf die Straße zu kommen. In der Zwischenzeit probierten weitere Aktivist_innen sich an die Reifen des Busses zu ketten. Auf Grund des brutalen Verhaltens der Bullen gelang dies nicht. Die ganze Aktion hat leider nur 5 Minuten gedauert. Etwas Sand im Getriebe der Abschiebemaschinerie. Für offene Grenzen - Abschiebungen stoppen!

Bremer Leiter des „Rückführungsdezernats" entlassen

Bremen Obwohl die Inhaftierung und Abschiebung von Kranken entgegen der gesetzlichen Lage zur deutschen Realität gehört, konnten antirassistische Initiativen die Entlassung des Leiters des Stadtamtes erreichen. Ihnen gelang es, den Fall eines Inders öffentlich zu skandalisieren, der trotz vorliegender Atteste über eine schwere Herzkrankheit, die belegen, dass er eine Abschiebung nur mit 20 Prozentiger Wahrscheinlichkeit überleben würde, in Abschiebehaft genommen und für „reisefähig" erklärt wurde. Auch gegen Sven W., Leiter des „Teams 5" der Ausländerbehörde - zuständig für „Duldung und Rückführung" - wurde ein Diszplinarverfahren eingeleitet. Bereits im Januar war bekannt geworden, dass das „Team 5" systematisch versucht hatte, das Bremer Gesundheitsamt zu umgehen. Nachdem das Amt Abzuschiebende untersucht und diese für schwer krank und nicht reisefähig erklärt hatte, suchte sich das Team 5 einfach andere, externe Ärzte. Diese sicherten schon vorab zu, die „Reisefähigkeit feststellen" zu können. Die einzige dazu dienende „Untersuchung" wurde unmittelbar vor der Abschiebung bei der Bundespolizei am Flughafen angesetzt. Die gängige Praxis der Abschiebemaschinerie konnte so zumindest kurz zur Disposition gestellt werden, auch wenn die neuen Zuständigen nichts an der Abschiebepraxis als solcher, sondern nur an ihrer rechtsstaatlichen Legitimierung ändern werden.

Erneuter Suizidversuch in Abschiebehaft

Hamburg Ein 22-jähriger serbischer Rom hat am vergangenen Donnerstag versucht, sich in der Abschiebehaft der JVA Billwerder in Hamburg umzubringen. Aus Verzweiflung über seine drohende Abschiebung versuchte Miroslaw Redepovic sich in seiner Zelle zu erhängen. Miroslaws Vater Milos Redepovic hatte sich 2002 – ebenfalls aus Angst vor einer drohenden Abschiebung – selbst verbrannt. Der damals 34-jährige Rom hatte sich im Foyer des Rathauses der

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

niedersächsischen Stadt Syke bei Bremen mit Benzin übergossen und angezündet. Er starb einen Tag später, am 16. November, an seinen Verbrennungen. Der Asylantrag der Familie, die 1995 nach Deutschland kam, war abgelehnt worden. Redepovic hinterließ seine Frau Ljalje und fünf minderjährige Kinder – das älteste ist der damals 14-jährige Miroslaw.

Spontandemo zum Todestag von Alexis

Oldenburg Mit einer kurzen Spontandemo durch die Oldenburger Fussgängerzone erinnerten am 6. Dezember 40 Leute an den vor zwei Jahren von Bullen in Athen erschossenen 15-jährigen linken Aktivisten Alexandros Grigoropoulos. Knackig und lautstark, garniert mit einigem Feuerwerk, erreichte die kleine Aktion doch eine ziemliche Aufmerksamkeit – so sollen auch die Flugblätter innerhalb kürzester Zeit vergriffen gewesen sein. Am Lefferseck würde des Weiteren noch eine kleine Erinnerungsstätte eingerichtet.

Ähnliche Aktionen gab es übrigens auch in Berlin, München, Weimar, … In Griechenland kam es in mehreren Städten zu Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmer_innen, um an die Ermordung von Alexandros zu erinnern. In Athen kam es dabei im Anschluss an eine Demo von rund 10 000 Leuten zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Bullerei.

[regentied]

Essenspakete? Return to sender!

Denkendorf Zum zweiten Mal im Jahr 2010 streiken Flüchtlinge in ganz Bayern mit Essenspaketboykotten und Hungerstreiks. Mittlerweile kämpfen über 500 Menschen aus allen 10 Lagern Bayerns für Bargeld statt Essenspakete, menschenwürdige Unterbringung in Privatunterkünften, Zugang zu Arbeit und Bildung, ausreichende medizinische Versorgung und die Abschaffung der Residenzpflicht.

Doch wieder droht dasselbe wie im Frühjahr 2010: Trotz großer medialer Aufmerksamkeit und obwohl maßgebliche Kräfte aus der Zivilgesellschaft, Wohlfahrtsverbände wie auch die Oppositionsparteien und sogar die FDP in Bayern die Forderungen der Flüchtlinge unterstützen, mauert die CSU weiterhin. Dieses Mal geht Sozialministerin Haderthauer sogar zu Denunziation und rassistischer Hetze über. Damit treibt sie das Lagersystem der Ausgrenzung und Diskriminierung auf die propagandistische Spitze.

„Krach schlagen"

Oldenburg Nach der erfolgreichen „Krach schlagen"-Demo am 10.10. in Oldenburg wurde die unüberhörbare Aktionsform mit Kochtöpfen und Kochlöffeln mehrmals aufgegriffen.

So empfingen einige Aktivist_innen am 27. Oktober lautstark den niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister bei der Grundsteinlegung des Neubaus des Oldenburger Autozulieferer „Vierol AG" und erschwerten über eine Stunde lang mit einem Topf-Konzert und Sprechchören die Feier. Darüber hinaus gab es am 6.11. auf der DGB-Demo in Hannover sogar einen eigenen „Krach schlagen"-Block. Dort machten Erwerbslose ihre Forderung nach mindestens 80 Euro mehr für Ernährung in der Regelleistung stark. Nach Angaben der beteiligten Erwerbslosen war dies wohl auch bitter nötig, da Forderungen nach zu Hartz IV sonst nicht thematisiert worden wären.

Aber auch in Jever, Bochum und Herford gingen im letzten Monat Hartz IV-Beziehende mit Kochtöpfen und Kochlöffeln auf die Straße um für eine erhebliche Erhöhung des Regelsatzes zu protestieren.

Mit dem Militär gegen wilden Streik

Madrid Am Freitag, 3. Dezember, traten in Spanien die Fluglots_innen in einen wilden Streik. Zwei Tage zuvor hatte die Regierung angekündigt, 49 Prozent der Flughäfen von Madrid und Barcelona zu privatisieren und z.B. an die deutsche Fraport zu verkaufen und hatte damit den schwelenden Konflikt um die Neuregelung der Arbeitsbedingungen weiter angeheizt. Am 31.3.2010 war der Tarifvertrag der 2400 Fluglots_innen ausgelaufen, ohne dass es zwischen

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

AENA, dem staatlichen Betreiber der Flughäfen, und der Gewerkschaft UCSA zu einer Einigung über einen neuen Vertrag gekommen war. Einhergehend mit der Teilprivatisierung der Flughäfen kam es zu drastischen Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bei den Fluglots_innen (Lohnsenkung um 41%). In aller Eile wurde per Gesetz die alleinige Autorität über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen an AENA übertragen. Drastische Sanktionen für Verstöße gegen die Dienstpflicht wurden in Aussicht gestellt, da damit zu rechnen war, dass die Fluglots_innen ihr größtes Druckmittel, den Bummelstreik (Dienst nach Vorschrift) anwenden würden. Am 4. Dezember, ein Tag nach dem Streik, unterzeichnete König Juan Carlos ein Dekret, das alle zivilen Fluglots_innen der Luftwaffe unterstellt. Zuwiderhandlungen werden nach dem Militärstrafrecht geahndet. Damit hat zum ersten Mal seit dem Ende der Franco-Diktatur eine spanische Regierung das Militär gegen einen Streik eingesetzt. Die Übertragung der Kontrolle auf das Militär und massive Aufforderungen, an den Arbeitsplatz zurückzukehren, hatten vorerst nicht gefruchtet, die Fluglots_innen setzten ihren Streik fort. Daraufhin verhängte die Regierung den »Alarmzustand«. In dieser untersten Stufe des »Notstands« sind Angestellte von strategisch wichtigen Einrichtungen dem Militärstrafrecht unterstellt. Streiks kommen dann einer Befehlsverweigerung gleich und können in Schnellverfahren mit Knast geahndet werden. Zudem ist die unmittelbare Beschlagnahme privater Güter als Schadensausgleich möglich. Daraufhin beendeten die Fluglots_innen nach ca. 24 Stunden ihren Protest. In dieser Zeit und auch lange danach war es zu massiven Einschränkungen im gesamten europäischen Lufraum gekommen.

fast vollständig geklaut bei wildcat: www.wildcat-www.de

Bundestag belagern!

Berlin Das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ hatte für den 26.11. zu einer Großdemonstration gegen das an diesem Tag verabschiedeten „Sparpaket“ der Bundesregierung mobilisiert. Etwa 2500 Menschen waren dem Aufruf des Bündnisses gefolgt, die Bannmeile um den Bundestag kollektiv zu ignorieren und die Proteste direkt vor die Haustür der politischen Machthaber_innen zu tragen. Leider war es aufgrund des Polizeiaufgebots trotz mehrerer Ausbruchsversuche einzelner Demofinger nicht möglich, in die Nähe des Bundestags zu gelangen. Deswegen wurde sich spontan entschieden, statt zum Bundestag, zur CDU-Parteizentrale zu gehen und diese zu belagern. Sichtlich überrascht, waren die Bullen kurzzeitig nicht in der Lage, die Situation zu kontrollieren und so konnte zumindest symbolisch noch ein bisschen an den Hamburger-Gittern vor der Parteizentrale gerüttelt werden. Die zentrale Frage mit der sich nun die deutsche (radikale) Linke auseinandersetzen muss ist Folgende: Warum um alles in der Welt schafft es ein so riesiges Bündnis nicht, mehr als 2500 Menschen an einem solchen Tag zu mobilisieren. Dass es Freitag 11Uhr und kalt war, wird als Antwort darauf wohl nicht ausreichen... Das „Sparpaket“ wurde übrigens beschlossen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Mini Intro
Schwerpunkt: Kolonialismus

Was ist Kolonialismus?

Unser diesmaliger Schwerpunkt besteht aus einem großen Thema: Kolonialismus. Mehr als ein Mini-Intro haben wir uns dabei auch nicht zum Ziel gesetzt. Unter Kolonialismus verstehen wir zunächst historisch die koloniale Expansion der europäischen Macht, die sich (fast) die ganze Weltoberfläche unterworfen hatte. Seit 1492 basierte die Ausweitung des Reichtums in Europa und auch die Entwicklung des Kapitalismus wesentlich auch auf der kolonialen Unterwerfung und Ausbeutung des größten Teils der Menschheit. Die Ausbeutung von Milliarden Menschen, massenhafte Versklavung und Verschleppung und koloniale Massenmorde an Millionen Menschen verlief dabei nie einheitlich – nicht zuletzt auch, weil er überall auf der Welt auf massiven Widerstand stieß und immer neue Unterwerfungsstrategien entwickelt wurden. Korrekterweise müssten wir also eigentlich nicht von dem einen Kolonialismus, sondern von vielen Kolonialismen sprechen. Dieser Prozess wurde dabei immer von einer kolonialen Ideologie flankiert, die die Verbrechen legitimieren sollte. Immerhin deklariert sich Europa ja als die »Wiege der Menschenrechte«, von denen allerdings immer ein Großteil der Menschheit ausgeschlossen wurde. Für diesen Ausschluss waren die Ideologeme der rassischen, zivilisatorischen, religiösen oder kulturellen Überlegenheit der Europäer_innen bzw. Weißen notwendig.

Die koloniale Ideologie hat sich in die Diskurse sowohl der kapitalistischen Peripherie als auch der Metropole eingeschrieben. Unabhängig davon, ob es uns bewusst ist oder nicht, die koloniale Geschichte und Gegenwart bestimmt den Kontext unseres Lebens – auch und nicht zuletzt hier in Oldenburg. Diese beiden Aspekte sind es auch, die Kritiker_innen mit den Begriffen »postkolonial« und »neokolonial« bezeichnen. Postkolonial bedeutet nicht in erster Linie, dass es nach dem Kolonialismus ist, sondern, dass es im historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext des Kolonialismus verortet ist. Während sich postkolonial eher auf kulturelle Phänomene bezieht, die aus kolonialen Strukturen erwachsen sind, bezeichnet neokolonial eher die immer noch bestehende globale Macht- und Wirtschaftsordnung.

Vielleicht können sich jetzt viele nichts darunter vorstellen, wenn wir behaupten, dass koloniale Wissenskomplexe und koloniale Gesellschaftsstrukturen auch den Kontext unseres Lebens heute bestimmen. Ein Zusammenhang zwischen Kolonialismus und beispielsweise der wirtschaftlichen Situation vieler Länder des Trikonts, also der so genannten Dritten Welt, ist für viele nachvollziehbarer. Aber genauso, wie der Weltmarkt – tatkräftig unterstützt durch politische Maßnahmen, Geldpolitik, erzwungene Handelsverträge, Kriege etc. vom IWF, der Weltbank, den reichen Staaten und Staatenbündnissen (EU, NATO) – die Armut des größeren Teils der Menschheit, die nur vor dem Hintergrund des Kolonialismus zu verstehen ist, immer wieder hervorbringt, wird auch der Reichtum so hervorgebracht. Die reichen Länder und ihre Institutionen zwingen die armen Länder immer wieder in die Armut und Abhängigkeit – und dann führen sie auch noch einen Krieg gegen Migrant_innen und machen die Grenzen dicht. Der Reichtum der kapitalistischen Metropole, an dem wir – mehr oder weniger – teilhaben, muss also als Konsequenz der neokolonialen Weltordnung verstanden werden.

Kolonial strukturiertes Wissen

Aber auch unser Wissen, also die Form in der wir Welt und Gesellschaft denken und wahrnehmen, ist kolonial strukturiert. Oft benutzte Begriffe, wie etwa »westlich« (nicht im einfachen geographischen Sinn), »zivilisiert«, etc., haben einen kolonialen Ursprung und machen nur im kolonialen Verständnis überhaupt Sinn. Diese Begriffe stehen doch aber in der Tradition der europäischen Aufklärung, mögen jetzt vielleicht manche einwerfen. Das ist zwar richtig, aber es genau diese Aufklärung, die den modernen Rassismus hervorgebracht hat. Die kolonialen Wissenskomplexe basieren genauso auf dem Wissen der Aufklärung, wie das der Wissenskomplex der Menschenrechte, welche übrigens erst seit relativ wenigen Jahrzehnten auch für Frauen und Nicht-Weiße gelten.

Kaum jemand hat auch nur eine grobe Ahnung, was gerade beispielsweise in afrikanischen Staaten so los ist – und wenn, dann werden in der Regel komplexe gesellschaftliche Prozesse systematisch in kolonialer Manier als »ethnische Konflikte« »missverstanden«. Auch in der Geschichtsschreibung kommt beispielsweise die haitianische Revolution von 1791-1804 nicht vor – auch wenn mehr tote französische Soldaten hervorgebracht hat als Waterloo und immerhin die Selbstbefreiung der Sklaven und die Gründung einer schwarzen Republik zur Folge hatte. Aber schwarze Menschen als Subjekte zu denken passte und passt zum Teil nicht die Vorstellungswelt der europäischen Geschichtsschreibung.

Aber auch in einem viel subtileren Sinn haben sich die Spuren des Kolonialismus in die Kultur eingeschrieben. Fragt mensch jemanden nach dem urdeutschesten Essen, dass es gibt, würde eine Antwort vermutlich lauten: Kartoffel. Kaum jemand weiß, dass die Kartoffel von den spanischen Kolonisator_innen aus Lateinamerika mitgebracht wurde – während dort die Inka-Gesellschaften ausgerottet wurden. Kaum jemand

fragt sich, wieso der oft beispielsweise aus Indien stammende Tee und auch heute dort angebaute, geerntete, fermentierte, geschnittene und gemischte Tee dann beispielsweise Ostfriesentee heißt. Habt ihr schon mal Kakaoplantagen in der Schweiz gesehen, oder waren und sind es viel mehr Schweizer Firmen, die bis heute ihren Reichtum und Ruhm auf dem Schweiß der Plantagenarbeiter_innen der Elfenbeinküste aufbauen? Die Liste ließe sich nahezu endlos fortsetzen.

Deutschlands Kolonialgeschichte

Oft wird eingewendet, dass Deutschland doch kaum am Kolonialismus beteiligt war. Und vielleicht würde eingewendet, dass doch aber zumindest Oldenburg nun wirklich nichts damit zu tun hätte. Weit gefehlt!!! Deutschland war von Anfang an tief in die koloniale Unterwerfung der Mehrheit der Menschen dieser Welt verwickelt – in Amerika, Asien, Afrika und Osteuropa. Zwar hatte Deutschland wegen der Niederlage im Ersten Weltkrieg nur verhältnismäßig kurz »eigene« Kolonien, doch war es immer wirtschaftlich und politisch in das europäische Projekt der Kolonialisierung eingebunden. Einzelne Herzogtümer aus deutschen Landen hatten seit 1528 Kolonien in Übersee. Aber selbst die Kolonien des Deutschen Reiches spielen kaum eine Rolle im heutigen Bewusstsein. Dabei haben sie die kolonisierten Gesellschaften bis heute maßgeblich mitbeeinflusst. Zwischen 1884 und 1918 hatte das Deutsche Reich zahlreiche Kolonien: Deutsch-Südwestafrika (Namibia), Deutsch-Westafrika (Togo, Kamerun), Deutsch-Ostafrika (Tansania, Ruanda, Burundi), Deutsch-Witu, (südliches Kenia), kurz Deutsch-Somaliküste (Sansibar, frühzeitig mit England gegen Helgoland »getauscht«), Deutsch-Neuguinea (Teile von Papua-Neuguinea, diverse Inseln und Inselgruppen im Pazifik), Kiautschou (Teil von China), Deutsch-Samoa (Samoa). Gesellschaftliche Umstrukturierungen, die Unterwerfung der Kolonisierten unter neue Ordnungen, Zwangsumsiedlungen, Ausbeutungen und Massaker prägten den deutschen Kolonialismus.

Selbst die inzwischen relativ gut – auch wenn immer noch unzureichend – dokumentieren Völkermorde der deutschen Kolonialtruppen sind kaum im öffentlichen Bewusstsein präsent. Es seien hier zwei Beispiele angeführt: (1) Im Maji-Maji-Aufstand von 1905 bis 1907 kämpfte eine Massenbewegung im Süden der damaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika gegen die menschenverachtende Politik der deutschen Kolonialherren. Letztere antworteten mit der Politik der verbrannten Erde, d.h. die Kriegstaktik bestand darin, systematisch alle Ernten und Felder zu zerstören, Brunnen zu vergiften, Dörfer zu vernichten, keine Gefangenen mehr zu nehmen und die „Hilfsarbeiter" beim Wiederaufbau zu zwingen, sich ihren Sold beim „Feind" zu holen. Man schätzt die Zahl der Toten zwischen 75 000 und 300 000. Bis heute sind früher stark bevölkerte Gebiete nur karg wieder besiedelt. (2) Nachdem ein Aufstand der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika schon niedergeschlagen war, verübte die deutsche Kolonialmacht einen systematisch organisierten Völkermord. Von der um 1904 auf rund 80 000 bis 100 000 Personen geschätzten Bevölkerung der Herero lebten 1911 nur noch 15 130 Personen. Der Völkermord in Deutsch-Südwestafrika hatte also 65 000 bis 85 000 Herero sowie etwa 10 000 Nama das Leben gekostet. Beide Völkermorde zielten auch auf rassische Vernichtung.

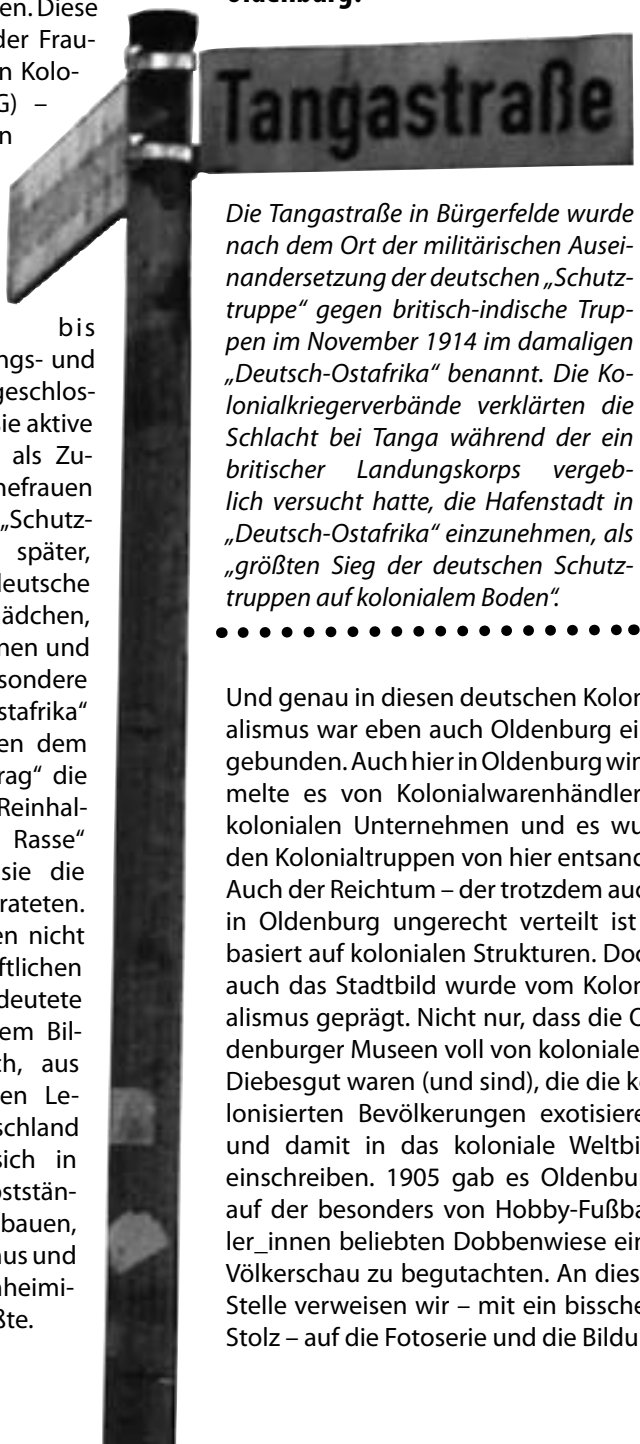
Maßgebend für die koloniale Politik und deren Propaganda waren die sogenannten Kolonialgesellschaften. Die größte und einflussreichste von ihnen war die Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG), die sich zum Ziel gesetzt hatte, durch Veröffentlichungen und gezielte Propaganda den „Kolonialgedanken im Volke" zu festigen und andere Interessensgruppen für das kolonialpolitische „Abenteuer" zu gewinnen. So wurde Schulen zum Beispiel Material mit prokolonialen Inhalten zur Verfügung

Die EDEKA-Gruppe, heute Deutschlands Nummer Eins im Lebensmittelhandel, ging aus der „Einkaufsgenossenschaft deutscher Kolonialwarenhändler" (E.d.K.) hervor, an deren Gründung insbesondere der Oldenburger Kaufmann Heinrich Eilers maßgeblich beteiligt war. Er war Gründungsmitglied sowohl der Edeka Oldenburg als auch des Edeka-Gesamtverbandes. Neben den Edeka-Supermärkten gehört zur Edeka-Gruppe noch Netto, Plus, Spar, Comet, Marktkauf und mehrere Dutzend regionalspezifischer Supermarktketten, Banken, Versicherungen und andere Branchen.

gestellt und Kolonialkongresse und -ausstellungen durchgeführt. Die DKG agierte jedoch nicht nur Hintergrund, sondern betrieb auch praktische Kolonialpolitik, indem sie Anteilseignerin von Siedlungsgesellschaften war und in den Kolonien tätige Wirtschaftsunternehmen förderte. Sie beteiligte sich an zahlreichen Expeditionen, die als wissenschaftliche und „zivilisationsbringende" Reisen verkauft wurden, jedoch vor allem dazu dienten, den deutschen Kolonial"besitz" zu sichern oder zu erweitern. Dementsprechend wurde auch eine gezielte Auswanderungspolitik betrieben. Diese hatte sich vor allem der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft (FDKG) – nach deren Gründerin Hedwig Heyl eine Straße in Oldenburg benannt ist – auf die Fahne geschrieben. Obwohl weiße deutsche Frauen noch bis 1919 von der Regierungs- und Parlamentsarbeit ausgeschlossen waren, betrieben sie aktive Kolonialpolitik, zuerst als Zusammenschluss von Ehefrauen südwestafrikanischer „Schutztruppenoffiziere" und später, um junge, weiße, deutsche Frauen als Dienstmädchen, Köchinnen, Erzieherinnen und Lehrerinnen insbesondere nach „Deutsch-Südwestafrika" zu schicken, die neben dem „zivilisatorischen Auftrag" die Aufgabe hatten, zur „Reinhaltung der deutschen Rasse" beizutragen, indem sie die deutschen Siedler heirateten. Dies ermöglichte ihnen nicht nur einen gesellschaftlichen Aufstieg, sondern bedeutete für die Frauen aus dem Bildungsbürgertum auch, aus ihren vorgeschriebenen Lebensbahnen in Deutschland auszubrechen und sich in den Kolonien „ein selbstständiges Leben" aufzubauen, das jedoch auf Rassismus und Unterwerfung der einheimischen Bevölkerung fußte.

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Abgabe sämtlicher Kolonien erstarkte die Kolonialbewegung, die mit der DKG an der Spitze für die „Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte" kämpfte. Alsbald wurde die Verbindung zur NSDAP gesucht, da man sich von der radikalen Rechten neue Anstöße für die Kolonialpolitik und eine Anknüpfung an die Großmachtpolitik der Zeit vor 1914 erhoffte.

... und das kleine, schnuckelige Oldenburg?



Die Tangastraße in Bürgerfelde wurde nach dem Ort der militärischen Auseinandersetzung der deutschen „Schutztruppe" gegen britisch-indische Truppen im November 1914 im damaligen „Deutsch-Ostafrika" benannt. Die Kolonialkriegerverbände verklärten die Schlacht bei Tanga während der ein britischer Landungskorps vergeblich versucht hatte, die Hafenstadt in „Deutsch-Ostafrika" einzunehmen, als „größten Sieg der deutschen Schutztruppen auf kolonialem Boden".

Und genau in diesen deutschen Kolonialismus war eben auch Oldenburg eingebunden. Auch hier in Oldenburg wimmelte es von Kolonialwarenhändlern, kolonialen Unternehmen und es wurden Kolonialtruppen von hier entsandt. Auch der Reichtum – der trotzdem auch in Oldenburg ungerecht verteilt ist – basiert auf kolonialen Strukturen. Doch auch das Stadtbild wurde vom Kolonialismus geprägt. Nicht nur, dass die Oldenburger Museen voll von kolonialem Diebesgut waren (und sind), die die kolonisierten Bevölkerungen exotisieren und damit in das koloniale Weltbild einschreiben. 1905 gab es Oldenburg auf der besonders von Hobby-Fußballer_innen beliebten Dobbenwiese eine Völkerschau zu begutachten. An dieser Stelle verweisen wir – mit ein bisschen Stolz – auf die Fotoserie und die Bildunterschriften, die ihr in diesem Schwerpunkt finden könnt. Es lohnt sich!

Die europäische Außengrenze verläuft zwischen Oldenburg und Blankenburg

Doch auch in der Oldenburger Gegenwart lassen sich – jenseits der Einbindung in den Welthandel und den Reliquien der kolonialen Vergangenheit – Spuren der neokolonialen Gegenwart und der imperialistischen Weltordnung finden. Das Antirassistische Plenum Oldenburg/Blankenburg sprach anlässlich des G8 in Heiligendamm davon, dass die europäischen Außengrenzen zwischen Oldenburg und Blankenburg verlaufen. Die Politik, die die EU und die BRD gegen Migrant_innen betreibt, ist auch hier in Oldenburg allgegenwärtig. Flüchtlingsselbstorganisationen sehen in Residenzpflicht, Abschiebungen, Lager innerhalb und außerhalb der EU, rassistischer Polizeigewalt, dem Visa-Regime, der rassistischen Segregierung des Arbeitsmarktes und nicht zuletzt auch der Politik der „Europäischen Grenzschutzagentur" Frontex eine neokoloniale Praxis. Auch der allgegenwärtige Rassismus ist nur vor dem Hintergrund der post- und neokolonialen Verhältnisse zu verstehen.

Soziale Bewegung gegen Neokolonialismus: Afrique Europe Interact

Die Opfer dieser neokolonialen Weltordnung sind jedoch nie einfach nur Opfer gewesen, wie es einige ebenfalls kolonialistisch geprägte Erklärungen vorgeben. Solange es Kolonialismus gab, gab es auch Widerstand. Selbstorganierte Migrant_innen stellen sich in der ganzen EU dem System entgegen, das sie unterdrückt. In Oldenburg hatten sich beispielsweise 2006 die Flüchtlinge des Lagers Blankenburg organisiert und den Betrieb des Lagers bestreikt. Gleichzeitig wird im Globalen Süden antikolonialer Widerstand mit Repression beantwortet. Kurz: Neokoloniale Ausbeutung und Unterdrückung und das Grenzregime der EU sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Aktuell gibt es einen Versuch, den wir hier exemplarisch vorstellen wollen, der versucht diese zwei Seiten gleichzeitig anzugehen. Wir haben uns dieses Beispiel

herausgepickt, weil sowohl große Teile der antirassistischen Linken der BRD als auch Oldenburger Strukturen daran teil haben.

Afrique-Europe-Interact ist ein Netzwerk, in dem soziale Bewegungen aus Westafrika und der EU organisiert sind. Bisher sind es auf europäischer Seite zahlreiche migrantische Selbstorganisationen und antirassistische Gruppen aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Frankreich. In Westafrika sind es bisher insbesondere Basisinitiativen aus Mali, die sich sowohl gegen die neokoloniale Ausbeutung und Unterwerfung Afrikas zur Wehr setzen als auch gegen das Migrationsregime aktiv sind, wie beispielsweise die Assoziation der Abgeschobenen aus Mali (AME). Ziel des Netzwerkes ist es, einen transnationalen Austausch sozialer Bewegungen von Unten zu organisieren. Dem globalisierten Kapital soll also transnationaler Widerstand entgegengesetzt werden. Dieser stellt gleichzeitig sowohl das Recht auf globale Bewegungsfreiheit – also das Recht zu gehen – als auch das Recht auf selbstbestimmte Entwicklung – als das Recht zu bleiben – ins Zentrum seiner Politik. Mehr Infos dazu unter: www.afrique-europe-interact.net

Viel Spaß bei unserem Schwerpunkt wünscht euch eure Redaktion!

Im Rahmen der Landesausstellung 1905 wurden auf der Oldenburger Dobbenwiese im so genannten „Somali-Dorf" 55 Menschen ausgestellt. Der koloniale Durst nach Exotismus war ein lukratives Geschäft und war nicht zuletzt auch im Rahmen der Weltausstellungen in Europa sehr verbreitet.

Die Ausstellungskommssion hatte „irgend eine exotische Volkstruppe" ausstellen wollen. Nach gescheiterten Verhandlungen über die Ausstellung von „der indischen Truppe, ca. 30-35 Inder" mit einem der größten Organisatoren von Völkerschauen in Europa, den Gebrüdern Hagenbeck (ebenfalls Gründer des gleichnamigen Tierparks), einigte sich die Ausstellungskommission mit British-Continental Enterprises. Diese könnten – neben einer eigens patentierten Wasserrutschbahn – im Zuge einer sowieso anstehenden Reise gleich „ein Dorf afrikanischer Eingeborener" von „40 od. 50 Personen" „mitbringen". Mit über 150 000 Besucher_innen war das auf dem Ausstellungsgelände inszenierte „Somali-Dorf" eine der Hauptattraktionen. Es sollten dabei die Gebräuche und der Lebensalltag der „Eingeborenen" dargestellt werden. Dieses kolonialistische Ziel wird noch mehr durch den Umstand ad absurdum geführt, dass dieser angebliche „Stamm Essa" aus Bewohner_innen aus verschiedensten Regionen Nordostafrikas zusammengesetzt wurde. Inszeniert wurde dann dieses „ursprüngliche" Leben der „Stammesgemeinde" durch Europäer_innen.

Diese Oldenburger Völkerschau von 1905 ist ein wichtiger Teil der (kolonialen) Oldenburger Stadtgeschichte. Das Foto ist eins der wenigen uns zugänglichen Bilder, dass das „Somali-Dorf" in Oldenburg dokumentiert. (Lesetipp: „Das Somali-Dorf in Oldenburg – eine vergessene Kolonialgeschichte?" von Mamoun Fansa (Hg.). Auch im Infoladen roter strumpf.)

Kolonialismus, Postkolonialismus, das Universum und der ganze Rest

Die Schlagworte »Postkolonialismus« oder »postkoloniale Theorie« fallen in Deutschland seit einigen Jahren immer wieder in unterschiedlichen Diskussionen. Dieser Text soll einige der zentralen Fragestellungen und Annahmen postkolonialer Theorien nachvollziehbar machen. Es soll darüber hinaus verständlich werden, warum diese für antirassistische, antifaschistische oder überhaupt emanzipatorische Politik relevant sind. Es geht hier weniger darum konkrete Autor_innen und Theorien vorzustellen, als bestimmte grundlegende Überlegungen zu markieren. Ausgangspunkt dieses Textes sind die Bedingungen unter denen postkoloniale Theorie derzeit in Deutschland diskutiert wird. Anschließend soll ein (sehr kurzer) Abriss der wechselseitigen Beeinflussung von Kolonisierenden und Kolonisierten vorgenommen werden, denn es ist schwierig, über Postkolonialismus nachzudenken, ohne über dessen Grundannahmen bezüglich kolonialer Herrschaft geredet zu haben. Wissen über Deutschlands koloniale Vergangenheit ist keineswegs Allgemeingut, sondern weitestgehend verdrängt. Aus diesem Grund erscheint es für einen einführenden Text notwendig einige Bemerkungen dazu voranzustellen. Ein Umriss des Wissensfeldes »postkoloniale Theorie« erfolgt am Ende des Textes. Dieser Artikel versteht sich als Einführung, daher werden viele Zusammenhänge vereinfacht dargestellt. Für eine weitere und differenzierte Lektüre sind die Literaturhinweise im Glossar empfohlen.

Übersetzungsschwierigkeiten

Das Sprechen über postkoloniale Theorien steht in Deutschland vor einem Problem. Unterschiedliche Menschen meinen mit demselben Begriff sehr verschiedene Dinge. In Diskussionen wird daher schnell an einander vorbei geredet.

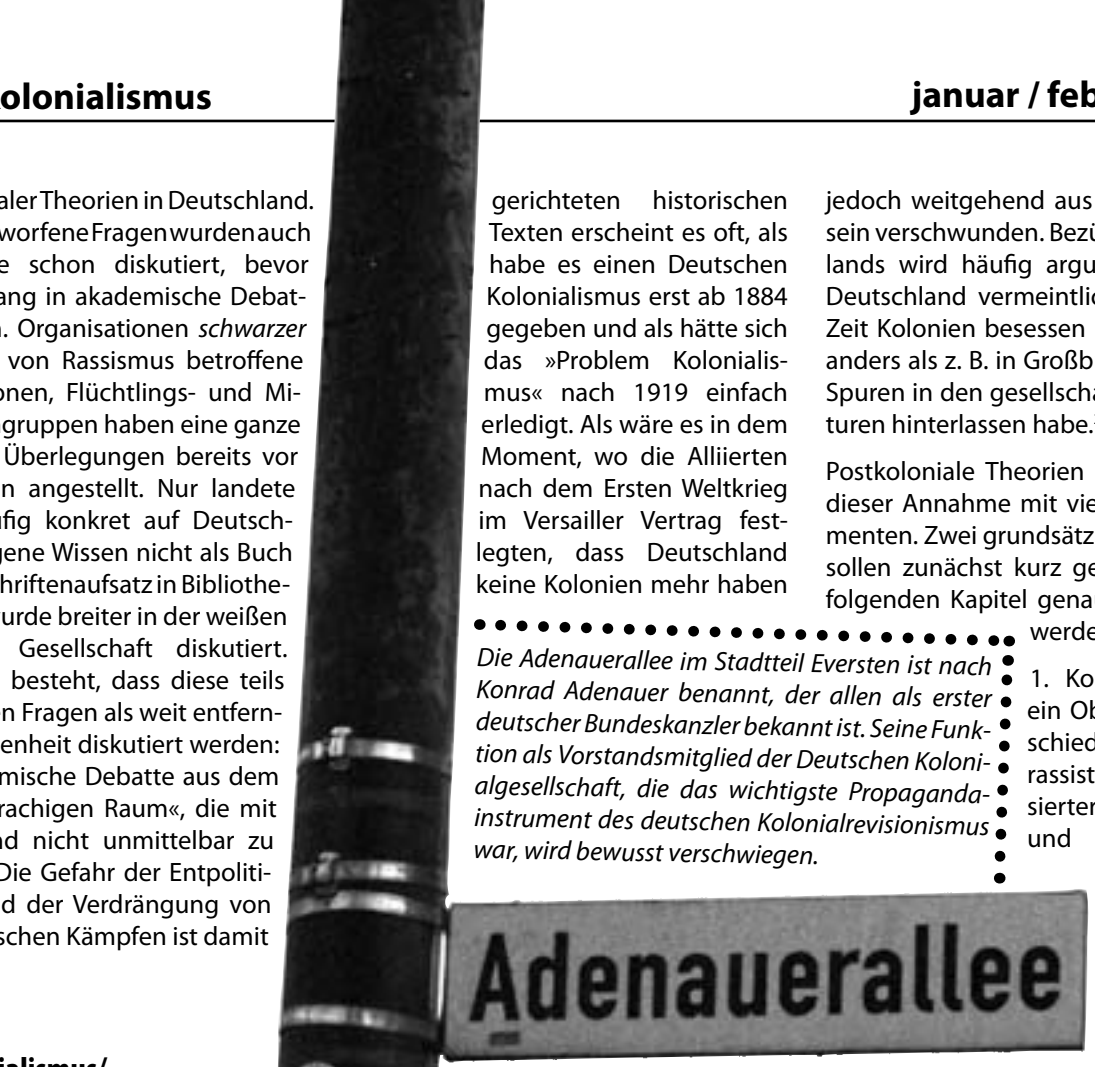
Eine Ursache ist, dass es sich um einen Theorie-Import handelt. Ein Großteil der Texte ist bisher ausschließlich auf Englisch erschienen und vielfach nur in wissenschaftlichen Bibliotheken verfügbar. Diskussionen über postkoloniale Theorien finden daher, wenn überhaupt, häufig unter Menschen statt, die Zugang zu Universitäten haben. Diese müssen zudem bereit und in der Lage sein, wissenschaftliche Texte auf Englisch zu lesen. Das bedeutet auch, dass viele deutsche Akademikerinnen ihre Unkenntnis hinter pauschaler Ablehnung verbergen oder sich auf eine schmale Literaturbasis stützen.

Universitäten sind häufig nicht der Ort, an dem kritisch über Rassismus der *weißen*[1] deutschen Gesellschaft und über staatliche rassistische Politik nachgedacht wird. Das erschwert eine Wahrnehmung der Fragen, die in diesen Texten gestellt werden. Diskussionen über sie vermischen sich häufig mit der Abwehr von Kritik an rassistischen Strukturen in genau diesen Universitäten.

Es gibt jedoch noch ein weiteres Problem an der gegenwärtigen Verhandlung

Mit der Werbekampagne „Bünting Coloniale", die unter anderem in der Bünting-Coloniale-Filiale im Famila Center Wechloy zu finden ist, bezieht sich das Bünting-Unternehmen offensiv und stolz auf seine koloniale Geschichte – wie nicht zuletzt auch in dem unverschämt daherkommenden Buch, dass zum 200-jährigen Jubiläum 2006 zu bestaunen war. Die 1806 gegründete Firma wurde schnell – in Kooperation mit der niederländischen Ostindienkompagnie zum Großhändler und Hersteller von Tee, Tabak und Kaffee. Sie sorgte dafür, dass der von kolonisierten Arbeiter_innen produzierte Tee zur „echten ostfriesischen" Tradition wurde. Auf der Grundlage einer ausbeuterischen Praxis wurde aus dem in Leer ansässigen Familienbetrieb die heutige Bünting-Gruppe, die neben dem Bünting Teehandelshaus auch Combi, Famila, Markant, Telepoint, Warenhandelsgesellschaft Oldenburg, Nordwest-Dienstleistungen und einige weitere umfasst.

postkolonialer Theorien in Deutschland. Viele aufgeworfene Fragen wurden auch hierzulande schon diskutiert, bevor diese Eingang in akademische Debatten fanden. Organisationen *schwarzer* Deutscher, von Rassismus betroffene Einzelpersonen, Flüchtlings- und Migrantinnengruppen haben eine ganze Reihe von Überlegungen bereits vor Jahrzehnten angestellt. Nur landete dieses häufig konkret auf Deutschland bezogene Wissen nicht als Buch oder Zeitschriftenaufsatz in Bibliotheken oder wurde breiter in der weißen deutschen Gesellschaft diskutiert. Die Gefahr besteht, dass diese teils brennenden Fragen als weit entfernte Angelegenheit diskutiert werden: Als »akademische Debatte aus dem englischsprachigen Raum«, die mit Deutschland nicht unmittelbar zu tun habe. Die Gefahr der Entpolitisierung und der Verdrängung von antirassistischen Kämpfen ist damit gegeben.



Die Adenauerallee im Stadtteil Eversten ist nach Konrad Adenauer benannt, der allen als erster deutscher Bundeskanzler bekannt ist. Seine Funktion als Vorstandsmitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft, die das wichtigste Propagandainstrument des deutschen Kolonialrevisionismus war, wird bewusst verschwiegen.

Postkolonialismus/ Kolonialismus

»Auch wenn ihn die meisten als eine Realität abzutun versuchen, die nicht mehr von Bedeutung ist: Rassismus, Kolonialismus und sogar das Erbe der Sklaverei sind nicht einfach nur Spuren einer weit zurückliegenden Vergangenheit. Vielmehr beeinflusst dieses Erbe täglich unser Leben und unsere Beziehungen. In der Tat sind die vermeintlichen Narben immer noch offene Wunden.«

Osaren Igbinoba, 2009

Was Osaren Igbinoba in diesen Zeilen benennt, ist auch eine der zentralen Annahmen postkolonialer Theorien. In deutschen Schulbüchern, Fernsehsendungen und selbst wissenschaftlich ausgerichteten historischen Texten erscheint es oft, als habe es einen Deutschen Kolonialismus erst ab 1884 gegeben und als hätte sich das »Problem Kolonialismus« nach 1919 einfach erledigt. Als wäre es in dem Moment, wo die Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg im Versailler Vertrag festlegten, dass Deutschland keine Kolonien mehr haben sollte, ohne Folge verschwunden. Koloniale Praktiken und Denkstrukturen haben weder mit der Schaffung staatlicher kolonialer Herrschaft begonnen, noch sind sie mit deren Ende einfach verschwunden.

Dies spiegelt sich auch in weit verbreiteten Vorstellungen von Geschichte wieder. Aus europäischer Perspektive gibt es zwar allerhand Großtheorien, die dem 20. Jahrhundert bestimmte Charakteristika zuschreiben, z. B. als Zeitalter des Totalitarismus. In den meisten Konzepten spielt Kolonialismus jedoch keine Rolle. Dabei ist auch das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert des Kolonialismus. Die Tatsache, dass noch in den 1930er Jahren über 80 % der gesamten Erdoberfläche von zumeist europäischen Mächten kolonisiert waren, ist in Europa selbst jedoch weitgehend aus dem Bewusstsein verschwunden. Bezüglich Deutschlands wird häufig argumentiert, dass Deutschland vermeintlich nur »kurze« Zeit Kolonien besessen habe und dies, anders als z. B. in Großbritannien keine Spuren in den gesellschaftlichen Strukturen hinterlassen habe.[2]

Postkoloniale Theorien widersprechen dieser Annahme mit vielfältigen Argumenten. Zwei grundsätzliche Einwände sollen zunächst kurz genannt und im folgenden Kapitel genauer ausgeführt werden.

1. Kolonialismus ist ein Obergriff für verschiedene Formen rassistisch organisierter Herrschaft und rassistischer Gewalt. Noch bevor koloniale Herrschaft Teil staatlicher Politik wurde, existierten koloniale Gewaltverhältnisse. Als Beginn des so verstandenen Kolonialismus kann die Erforschung und schließlich die Unterwerfung Amerikas durch Europäer gesehen werden. Damit beginnt Kolonialismus als europäisches Projekt nicht erst 1884, sondern bereits im 15. Jahrhundert. Er ist daher untrennbar mit der Entstehung der europäischen Moderne und dem europäischen Frühkapitalismus verbunden.

2. Diese Geschichte kolonialer Herrschaft hat die gesamte Welt umfassend verändert. Gesellschaftsstrukturen, Weltbilder, ökonomische Strukturen, Machtverhältnisse, Grenzen und Sprachen wurden dabei so stark geprägt, dass dies auch für die Analyse heutiger Gesellschaften relevant ist. Die Tatsache, dass es keine »staatliche« Kolonialherrschaft Deutschlands über Kolonien mehr gibt, bedeutet nicht, dass es keine Herrschaftsverhältnisse gibt, die kolonialen Mustern folgten. Kolonialismus beginnt also nicht erst 1884. Sogenannte neokoloniale Strukturen existieren auch nach 1919. Aus Perspektive der Kolonisierten haben sich vor allem Eigentumsverhältnisse aber auch die

massive Einschränkung von Bewegungsfreiheit bis heute erhalten.

Postkolonialismus ist als Begriff also weniger als zeitliche Einordnung im Sinne einer Zeit nach dem Kolonialismus zu verstehen, sondern als eine Perspektive auf die *fortdauernden* Strukturen kolonialer Machtbeziehungen.[3]

Frühkolonialismus

Die Schaffung einer »neuen« Welt

Bereits am frühen Kolonialhandel waren Menschen aus dem deutschsprachigen Raum beteiligt. Kaufleute wie Anton Welser und Konrad Vöhlin aus Augsburg sowie die Fuggersche Handelsgesellschaft finanzierten bereits um 1500 den frühen »Überseehandel.« Später verpfändete Kaiser Karl V. Teile des heutigen Venezuela sogar an die Augsburger Kaufleute. Deswegen ist nicht nur die Landesbezeichnung, die übersetzt »Klein Venedig« heißt, ein koloniales Erbe. Auch verschiedene Städte tragen oder trugen europäische Namen. So wurde Coro von Weißen auch Neu-Augsburg genannt – als Huldigung der Augsburger Kaufleute. Die Schriften von Handelsleuten wie dem Tiroler Balthasar Springer, der nach Afrika und Indien reiste, zeugen von einem gewalttätigen Vorgehen gegen örtliche Bevölkerungen bereits in dieser Zeit. Übergriffe und Zerstörungen waren in seiner Zeit jedoch noch unsystematisch und nicht Teil eines strukturellen Machtverhältnisses. Nichtsdestotrotz stehen diese »Entdeckungsfahrten«, wie sie beschönigend genannt werden, am Anfang einer Entwicklung, die einen Wandel der Gesellschaft auf allen Kontinenten einleitete.

In Europa entwickelte sich mit der europäischen Entdeckung der Amerikas und den neu entstehenden Handelsbeziehungen der Frühkapitalismus. Er beruht damit auf einer Ökonomie, deren Bestandteil Sklavenhandel und Zwangsarbeit waren (und es in einigen Regionen der Erde nach wie vor sind). An der afrikanischen Westküste zeigte sich dies in der massenhaften Verschleppung von Schwarzen auf die Plantagen in Nordamerika und in der Karibik. Dort entwickelten *Weiße* eine Plantagenwirtschaft in der die Arbeit dieser Schwarzen brutal ausgebeutet wurde. Allein bei der *middle passage*, der Überfahrt über den Atlantik, starben mindestens zwei Millionen Menschen. Wie viele bei der Gefangennahme sowie durch Zwangsarbeit und Misshandlungen getötet wurden, ist wohl kaum jemals zu rekonstruieren. Es existieren jedoch unterschiedliche Schätzungen, die von ca. 10 Mio. Menschen ausgehen.

Dass nicht nur die große Politik sondern auch „ganz normale" Oldenburger Büger_innen am kolonialen Projekt beteiligt waren, zeigt der Gedenkstein für den Kanonier Kleen, der 1906 im „südwestafrikanischen Feldzuge" an Typhus gestorben ist. Das Denkmal befindet sich in unmittelbarer Nähe des Kriegerdenkmals an der Ofener Straße.

Die nationale Zuordnung der *weißen* Europäerinnen, wie sie heute oft in Geschichtsbüchern vorgenommen wird, ist hochgradig willkürlich. Wenn von der Kolonisierung Südamerikas durch »die Portugiesen und Spanier« die Rede ist, muss man sich vor Augen führen, dass eine solche Zuordnung im 16. und 17. Jahrhundert problematisch ist. Portugal und Spanien standen unter der Herrschaft der Habsburger, deren Linien auch in den deutschsprachigen Raum führen. Deren Berater kamen nicht nur aus dem heute italienischen Piemont sondern auch aus dem heute österreichischen Tirol. Diese europäischen Adelsgeschlechter und ihr Herrschaftssystem im Nachhinein einer einzelnen Nation zuordnen zu wollen und damit das heutige Deutschland aus dieser Geschichte heraus zu schreiben, ist eine Rückprojektion heutiger Nationalstaaten in die Frühe Neuzeit.

Auch an der Sklaverei in Nordamerika, die ja ebenfalls Teil europäischer Kolonialherrschaft war, beteiligten sich *Weiße* aus ganz verschiedenen europäischen Gebieten. Die Einwohnerschaft des Südstaatengebiets Pennsylvanias war im 18. Jahrhundert immerhin zu 1/3 deutschsprachig, während man in Guadeloupe unter *Weißen* fast ausschließlich Französisch sprach. Festhalten lässt sich – Kolonialismus war von Beginn an ein europäisches Projekt.

Seine Spuren finden sich an vielen mehr oder weniger unscheinbaren Stellen kultureller Hervorbringungen, ohne dass dies explizit ausgesprochen wird oder oftmals überhaupt eine Bedeutung für die Handlung bekommt: Wenn in »Werthers Leiden« von Johann Wolfgang von Goethe der Lieben-

de in die Stadt geht »um Weißbrot zu holen und Zucker«, dann ist der Süßstoff in Brasilien von afrikanischen Sklaven angebaut worden. Der Tabak, den Friedrich Schiller so leidenschaftlich gern schnupfte, wurde möglicherweise auf den von Sklaven bestellten Tabakfeldern Virginias angebaut. Albrecht Dürers Portrait von Katharina, einer Sklavin im Hause eines portugiesischen Handelsdelegierten, gehört genauso zu den Spuren kolonialer Herrschaft in der *weißen* europäischen Hochkultur, wie Shakespeares Othello, das sich wahlweise als harmloses Liebes- und Eifersuchtsdrama oder als eine Auseinandersetzung über Rassismus lesen lässt. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Der moderne Kolonialismus

Koloniale Herrschaft & antikoloniale Kritik im deutschen Reich

»Wenn man einem Deutschen etwas Gutes tut, revanchiert er sich, indem er dich hasst, dich erniedrigt, dich ruiniert. Ich kenne die Meinung von Witbooi aus Deutsch-Südwestafrika nicht, aber er war einmal ein sehr guter Freund der Deutschen, jetzt ist er ihr bitterster Feind. Akwa3 aus Kamerun wurde mit seinem Sohn Mpondo Akwa[4] aus seinem Land ausgewiesen. Warum?«

Unbekannter Einwohner Anechos (Togo), 1913

Schon kurze Zeit nach Gründung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 begann der deutsche Staat Kolonialgebiete in Afrika und im Pazifik zu »erwerben«. Zum Teil geschah dies mit massiver Gewalt, teilweise wurden aber auch Verträge mit lokalen Eliten abgeschlossen. Dies erklärt teilweise die Kooperation einiger Kolonisierter, die sich zum Teil Vorteile aus diesen Abkommen erhofften. Während die afrikanischen Vertragspartner häufig von einer begrenzten Gebietsnutzung und dem Aufbau von Handelsbeziehungen ausgingen, wurden die Verträge wie z. B. in Kamerun von den deutschen Unterzeichnern nachträglich umgedeutet oder Verständigungsprobleme zwischen den Vertragsparteien ausgenutzt. Die folgenden Jahre bis zum Ersten Weltkrieg veränderten das Deutsche Reich wie auch die kolonisierten Gebiete. Im Unterschied zum Frühkolonialismus wurden koloniale Herrschaftsbeziehungen nun zu dem Muster, welches globale Beziehungen zwischen Bevölkerungen strukturierte.

Einige Aspekte kolonialer Herrschaft, z. B. die unmittelbare Gewaltausübung, wie der Genozid an den Herero/Nama in Südwestafrika werden in diesem Heft („Der Genozid an den Herero und Nama", Anmerkung Alhambra-Redax) bereits erwähnt. Der Massenmord an den Beteiligten des Maji-Maji-Aufstand und die folgenden Hungerkatastrophen in Ostafrika sind unter Umständen aus anderen Zusammenhängen geläufig.[5] Daneben gab es jedoch auch Formen weit subtilerer, so genannter struktureller Gewalt, die nicht nur das Verhältnis zwischen Europa und den ehemaligen kolonisierten Gebieten bis heute prägen. Sie strukturieren auch die Art und Weise wie in Europa gedacht, gesprochen und gehandelt wurde und wird. Denn: Das 19. und frühe 20. Jahrhundert ist auch die Zeit der Moderne. In dieser Zeit wurden in Europa z. B. die Naturwissenschaften und die Medizin zu Wissenschaften in einem heutigen Sinne. In Deutschland entstanden Konzepte wie der Nationalstaat und eine liberale Rechts- und Eigentumsordnung. Diese wurde im und nach dem Nationalsozialismus zwar modifiziert. Grundsätzlich haben die Konzepte aber eine gewisse Kontinuität bis in die Gegenwart. (Man denke zum Beispiel an Gesetze wie das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) oder das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, heute Staatsangehörigkeitsgesetz.) Die Ergebnisse von Verhandlungen darüber, wer ein/e richtige/r Deutsche/r sein kann, sind bis heute wirkmächtig. Die vielfach immer noch unter *Weißen* anzutreffende Vorstellung, dass man nicht gleichzeitig *schwarz* und deutsch sein könne, sind Produkte der langwierigen Auseinandersetzung über sogenannte »Mischehen«[6] und deren rechtliche Folgen.

Gerade weil jedoch Kolonialismus ein Gewaltverhältnis war, spiegelt sich diese Gewalt auch in den wissenschaftlichen Theorien wieder. Wissen, das kolonial geprägt wurde, ist daher nicht neutral. Es enthält Spuren dieser Gewalt. Ein Ziel postkolonialer Theorie ist es, diese Reste sichtbar zu machen.

Die Robert-Koch-Str. befindet sich in unmittelbarer Nähe des Klinikums Kreyenbrück. Robert Koch gilt gemeinhin als Begründer der Mikrobiologie, auch bei ihm ist auffällig, dass seine Rolle in der Kolonialgeschichte Deutschlands tunlichst verschwiegen wird. Als führender „Tropenhygieniker" untersuchte er Ursachen und Therapiemöglichkeiten von Infektionskrankheiten wie Cholera oder Malaria, um den deutschen Truppen ein Leben in den Tropen zu ermöglichen. Er nahm an zahlreichen Expeditionen (zum Teil als Leiter) nach Afrika und Asien teil und stellte sich damit in den Dienst des deutschen Kolonialismus. Seine Forschungen und Vermutungen zu den Krankheiten testete er stets an einheimischen Proband_innen. Die Medizin war ein wichtiger Bestandteil der kolonialen Argumentation, nach der die „Übermenschen" aus Europa einen „zivilisatorischen Auftrag" hätten.

(Post-)koloniales Wissen

»...bei [...] ihrer Art unsereinen noch als deutschen Afrikaner nicht als freien Menschen zu behandeln kann ich [...] Gespräche nur unter Umständen eingehen wo die Herren meine Menschenwürde achten müssen.«

Mdachi bin Scharifu, Berlin 1919

Koloniale Herrschaft stattete die Kolonisierenden mit der Macht aus, Wissen über die kolonisierten Länder und Menschen zu produzieren. Wissen ist in diesem Fall nicht als etwas, was »wahr ist«, zu verstehen, sondern als Ansamm-

lungen von Aussagen, die in Europa »Wahrheitsstatus« erlangten. Insofern unterscheiden sich Reiseberichte von Europäer_innen aus dem 19. Jahrhunderte oft nicht wesentlich von wissenschaftlichen Texten, die beschreiben, was die Ursachen gesellschaftlicher Probleme in einem beliebigen afrikanischen oder asiatischen Staat seien.

Beim Vergleich von Romanen wie »Die weiße Massai« (1998) der Schweizerin Corinne Hoffmann, der lange die Spiegel-Bestsellerlisten anführte und einem klassischen Text *weißer* Kolonialliteratur, wie »Herz der Finsternis« (1899) des polnisch-britischen Schriftstellers Joseph Conrad zeigen sich eine Reihe von Übereinstimmungen. Diese gibt es aber auch z. B. mit ethnologischen Texten, die durchaus einen wissenschaftlichen Anspruch haben. Aus diesem Grund gibt es eine Reihe von postkolonialen Literaturwis- senschaftlerInnen, die für eine Analyse von Texten die Trennung von Belletristik und Sachliteratur aufheben. Stattdessen sprechen diese Autor_innen von einem kolonialen Diskurs. Dieser koloniale Diskurs kann als System von Aussagen angesehen werden, das koloniale und neokoloniale Texte prägt.

Merkmale dieses kolonialen Diskurses sind unter anderem

• Kolonisierte werden als von den europäischen Kolonisierenden grundsätzlich Verschiedene beschrieben. Ihre Handlungen erscheinen häufig rätselhaft oder irrational. Sie werden als *das Andere* (Other) portraitiert. Die Handelnden Europäer werden als *das Eigene* (Self) portraitiert.

• Die eigene Position wird als neutrale Beobachterinnenposition dargestellt. Aus dieser Position kann den Handlungen des *Anderen*, Sinn verliehen und diese »erklärt« werden.

• Die Perspektive und die Wertungen werden im Text immer aus der Perspektive des Eigenen getroffen. Durch das *othering*, also die Herstellung des dem europäischen *Eigenen* gegenübergestellten *Anderen*, werden Menschen aus europäischer Perspektive z. B. zu Gruppen zusammengefasst. In der Folge europäischer Herrschaft müssen sich diese so bezeichneten und zusammengefassten Menschen selbst nach diesen Kategorisierungen richten – auch wenn ihre Lebensrealitäten nicht im Geringsten den vorgegebenen Kategorisierungen entsprechen. Aus verschiedenen afrikanischen Bevölkerungen werden plötzlich »Eingeborene« oder »die Afrikaner«, »die Duala« oder »die Massai«.

• Die Bewertungen von Eigenem und Anderem verlaufen in der Regel nach Gegensatzpaaren (z. B. rational-irrational; modern-rückständig; zivilisiert-barbarisch). Das perfide an kolonialen Diskursen ist, dass diese Gegensatzpaare so tief verankert sind, dass in Alltagskommunikation gar nicht mehr nötig ist überhaupt noch zu markieren, was das Eigene und was das »fremde« Andere ist. Allein die Erwähnung dieser Zuschreibungen reicht aus, um die verknüpften Assoziationen hervorzurufen.[7]

• Individualität oder überhaupt gesellschaftliche Unterschiede existieren immer nur auf der Seite *des Eigenen*. Häufig kommen Kolonisierte in Texten vor allem als Masse oder Menge vor, während die handelnden Europäer – egal welche Rolle ihnen in Erzählungen zufällt, individualisiert werden. Sie haben einen eigenen Charakter mit bestimmten Merkmalen. Sie haben eine individuelle Geschichte, die sie zu dem macht, was sie sind. Sie haben einen Beruf, eine soziale Stellung. Kolonisierte treten hingegen immer als Stellvertreter »ihrer« Gesellschaft oder meist sogar lediglich »*ihrer Ethnie*« bzw. historisch »*ihrer Rasse*« auf.

• Das Schreiben über Kolonisierte ist von Verallgemeinerungen geprägt. Anekdotenhafte Erlebnisse werden auf ganze Gesellschaften übertragen.

• Häufig finden Natur-Metaphern Verwendung. Gerade in literarischen Texten kommen Menschen im Vergleich zu Landschaftsbeschreibungen wenig vor.

In oben genannten Zitat des aus Ostafrika kommenden und in Berlin lebenden Sprachlehrers Mda- chi bin Scharifu wird diese Zumutung des kolonialen Diskurses als Alltagserfahrung von Schwarzen in Deutschland deutlich. In Konflikten an seinem Arbeitsplatz, einem wissenschaftlichen Institut, wird er nicht als Mensch und Individuum behandelt, sondern als Objekt kolonialer Herrschaft – als »deutscher Afrikaner«. Schon seine Anwesenheit und Tätigkeit in Berlin stellt in der kolonialen Logik ein Problem dar, da sie der Vorstellung vom Anderen widerspricht. Dies ist ein Grund warum sich in Europa lebende Schwarze immer wieder mit rassistischen Beleidigungen und Übergriffen auseinandersetzen mussten und müssen.[8]

Effekte (post)kolonialer Diskurse

Ein geläufiger Einwand gegen postkoloniale Diskursanalysen, ist, dass sich diese zu stark mit Texten und weniger mit einer vermeintlichen »Wirklichkeit« beschäftigt. Dies würde unmittelbare Formen von Gewalt unsichtbar machen. Viele Autor_innen würden jedoch einwenden, dass (post)koloniale Diskurse, immer auch eine Realität hervorbringen. Unmittelbare Gewalt ist nicht losgelöst von den Strukturen zu denken, die sie hervorbringt. Und andersherum bringt auch unmittelbare Gewalt, wiederum Diskurse hervor. Schließlich existiert Gewalt nicht einfach als Ereignis, sondern sie ist Anlass für Diskussionen in Parlamenten, für Medienberichterstattung und wissenschaftliche Abhandlungen. Aus diesem Grund wird von vielen postkolonial orientierten Theoretikerinnen die Gewalttätigkeit rassistischer Diskurse betont und als »epistemische Gewalt« bezeichnet und begrifflich gerade nicht von unmittelbarer Gewalt getrennt.

Am Beispiel wird dies vielleicht deutlicher. Ein besonders drastisches ist der Genozid in Ruanda, der Mitte der 1990er Jahren stattfand. In den europäischen Medien war häufig davon die Rede, dass sich hier rivalisierende ethnische Gruppen, Hutu und Tutsi, gegenseitig ermorden. Es konnte der Eindruck entstehen, als hätte all dies mit Europa nichts zu tun, sondern sei lediglich Effekt »archaischer« und vormoderner (siehe oben) Konflikte. Die Tatsache, dass die rassistische Aufladung der Unterscheidung zwischen Tutsi und Hutu

erst durch die deutsche, später durch die belgische Kolonialmacht erfolgte, wurde dabei geflissentlich verdrängt.

In vorkolonialer Zeit waren die Bezeichnungen Markierungen für eine soziale Stellung innerhalb der ruandischen Gesellschaft. Der Bedarf einer einheimischen Elite ließ die europäischen Kolonialmächte diese soziale Unterscheidung im Sinne zeitgenössischer Rassetheorien als ethnische Unterscheidungen interpretieren. Plötzlich gab es eine Rasse der Hutu und eine Rasse der Tutsi, die eine vermeintlich verschiedene Geschichte und unterschiedliche Eigenschaften haben sollten. Belgien, das nach dem Ersten Weltkrieg Kolonialmacht in der ehemaligen deutschen Kolonie wurde, ließ die Kategorien Hutu, Tutsi, Twa dann schließlich sogar in Pässe und Verwaltungsregister eintragen. Aus einer sozialen Kategorie wurde eine festgeschriebene, biologische Kategorie. Die Eintragung dieser Kategorie in Ausweispapiere war gewissermaßen die Voraussetzung für die Morde an den Kontrollpunkten der Hutu-Milizen. Diese mussten lediglich in Ausweise der Passanten oder Listen der Verwaltungen schauen, um festzustellen, welche Personen zu welcher Kategorie, Hutu oder Tutsi, gehörten. Für letztere war die Feststellung häufig das Todesurteil.

An diesem besonders drastischen Beispiel lässt sich erkennen, dass die vermeintlich neutrale Beobachterinnenposition nicht existiert. Die kolonialen Ethnologinnen und Afrikaforscherinnen betrachteten soziale Strukturen und interpretierten diese nach den damals aktuellen europäischen Theorien. Die von Ihnen produzierten Texte waren wiederum Anleitungen für das Handeln der europäischen Kolonialmacht. Die in Europa erfundenen Rassetheorien spielten auch nach der Unabhängigkeit Ruandas weiter eine Rolle für die Politik. Die Kategorien Tutsi und Hutu waren real geworden. Sie verschwand nicht mit einer formalen politischen Unabhängigkeit. Die Behandlung des vermeintlich »archaischen« Konflikts in Ruanda dient wiederum der aktiven Verdrängung des europäischen Anteils.

Die Institutionalisierung des kolonialen Diskurses

(Post-)koloniale Diskurse produzierten jedoch nicht nur Aussagen, sie marginalisieren auch bestimmtes Wissen. Nämlich solches, das nicht den Regeln des kolonialen Diskurses entspricht. Marginalisieren bedeutet in diesem Zusammenhang, dass dieses Wissen an den Rand gedrängt, im Extremfall unterdrückt wird. Dies geschieht in der Regel jedoch weniger durch Zwang, sondern eher dadurch, dass es nicht Teil von z. B. Lehrplänen oder medialer Berichterstattung ist. Oder, dass Aussagen in den Ohren von *Weißen* einfach nicht plausibel, bzw. unlogisch wirken. In Deutschland ist im Prinzip ein Großteil des Wissens über den deutschen Kolonialismus sogenanntes marginalisiertes Wissen. Wenn man in Deutschland *Weiße* findet, welche die vom Deutschen Reich kolonisierten Gebiete kennen, so ist dies eine Ausnahme. Die Jahreszahlen der jeweiligen Unabhängigkeitserklärungen sind vermutlich noch weniger Menschen geläufig (obwohl das im Falle von Namibia (1990) noch gar nicht so lange her ist). Und wer weiß schon, dass Konrad Adenauer nicht nur der erste Bundeskanzler der BRD, sondern auch Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft war?

Aber auch wenn es um abstraktere Sachverhalte geht, wird in Europa und Nordamerika häufig nur Wissen zur Kenntnis genommen, das die großen Erzählungen – Europa sei der Ort von Aufklärung und Zivilisation – nicht durcheinander bringt. Es ist kein Zufall, dass der konservative Historiker Ernst Nolte in den 1980er Jahren während des sogenannten Historikerstreits, selbst den Holocaust als eine »asiatische Tat« bezeichnete. Das von Deutschen ins Werk gesetzte Vernichtungsprojekt war mit dem Bild des zivilisierten, aufklärten europäischen Selbst nicht vereinbar und wurde entlang der Gegenüberstellung von Zivilisation und Barbarei ausgegliedert.

Andersherum gibt es kaum ein Geschichtsbuch, in dem zu lesen ist, dass es 1791 in Santo Domingo, dem heutigen Haiti, eine Revolution gab, die vor allem von schwarzen Sklaven getragen wurde. Gewissermaßen parallel zur französischen Revolution gab es hier einen Umsturz, der sich denselben Parolen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bediente und eine Republik verwirklichte. C.L.R. James hat deswegen zu Recht von »Schwarzen Jakobinern« gesprochen. Noch lange bevor es in Deutschland eine revolutionäre Bewegung und die Forderung nach einer Republik gab, verkündete Toussaint L'Ouverture auf dem heutigen Haiti die Unabhängigkeit und eine Verfassung.

Die nach Kaiser Wilhelm I. benannte Wilhelmstraße befindet sich in der Nähe des PFL. Ihr Namensgeber war nicht nur der Unterzeichner der kaiserlichen „Schutzbriefe", die den deutschen Kolonialbesitz legitimieren und manifestieren sollten, sondern auch privater Teilhaber der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation".

...und was ist nun Postkoloniale Theorie?

Bis jetzt wurde viel über Effekte des Kolonialismus und wenig über postkoloniale Theorien geredet, was eigentlich das Anliegen der Macher_innen der Broschüre „Der Genozid an den herero und Nama" war. Weiter oben im Text wurde der Begriff im Plural verwendet und als »Wissensfeld« bezeichnet. Dies zeigt bereits das Problem der Beschreibung dessen, was postkoloniale Theorie nun »eigentlich« ist, an. Für ein globales Phänomen wie den Kolonialismus gibt es kein einheitliches Analyseraster. Kolonialismus funktionierte trotz aller Gemeinsamkeiten im 18. Jahrhundert anders als im 20. Jahrhundert. Im ehemals vom Vereinigten Königreich kolonisierten Australien prägen sich andere Formen aus, als auf der ehemals vom Deutschen Reich kolonisierten Südseeinsel Nauru. Postkoloniale Theorien existieren daher nur im Plural und bezeichnen sehr unterschiedliche Untersuchungsbereiche und Ansätze. Die in diesem Texte gewählte Form sich über die im Unterkapitel Postkolonialismus/ Kolonialismus genannten Grundannahmen zu nähern, ist daher mehr als nur ein didaktischer Trick, sondern der Versuch eine Verbindungslinie zwischen diesen verschiedenen Ansätzen zu ziehen. Dabei arbeiten nicht alle Theoretikerinnen diskursanalytisch. Es gibt sogar einige, die dies dezi- diert ablehnen. Gemeinsam ist jedoch allen Arbeiten, dass sie davon ausgehen, dass koloniale Herrschaft die Welt maßgeblich geprägt hat. Sowohl kolonisierte, als auch kolonisierende Gesellschaften.

Nur um die Breite der Arbeiten zu illustrieren, die Anleihen an postkolonialer Theoriebildung nehmen: Es gibt sowohl feministische Historiker_innen, die sich mit der Verstrickung der *weißen* deutschen Frauenbewegung in das koloniale Projekt befassen, als auch postkoloniale Marxist_innen sich über ganze andere Frage streiten. So wird von ihnen debattiert, ob die Kritik der politischen Ökonomie blinde Stellen bei der Erklärung des Zusammenhangs von kapitalistischer und kolonialer Ökonomie hat oder wie bestimmte geschichtsphilosophische Abhandlungen in den Texten Marx' zu behandeln sind. Postkoloniale Philosophinnen beschäftigen sich mit den Spuren des Kolonialismus in Konzepten von Freiheit und Sklaverei in den Schriften von Kant bis Tocque- ville. Historikerinnen versuchen Quellen zu erschließen, die marginalisierte Widerstandsformen überhaupt sichtbar machen und Überlegungen darüber anstellen, wie der Kolonialismus Europa verändert hat. Andere Befassen sich mit den Lebensbedingungen von Menschen, die wie Mdachi bin Scharifu in Deutschland lebten und sich mit dem hiesigen Rassismus auseinandersetzen mussten. Anders als häufig unterstellt wird, spielt dabei auch die Frage nach Kollaborationen von kolonialen Eliten und ihre Beteiligung an kolonialer Herrschaft eine Rolle.

Postkoloniale Politik und die weiße deutsche Linke

»Teilweise hat dieser Konflikt damit zu tun, dass die deutsche Linke ihre Positionen, Konzepte und Organisationsmethoden oft als universelles Beispiel der Aufklärung, als fortschrittlichstes und politisch korrektes Vorbild betrachtet. Von den Flüchtlingen wird dabei erwartet, dass sie sich in beinahe allen Aspekten nach den deutschen Gruppen richten. Deren Position wird aufgrund ihrer strukturellen Überlegenheit im Hinblick auf Kontakte, Finanzen, Kenntnisse der Sprache und des Systems und wegen der Isolation der Flüchtlinge unausweichlich – wenn auch unbewusst – dominant.«

Osaren Igbinoba, 2009

Dieses Zitat von Osaren Igbinoba macht deutlich, dass Erfahrungen im Kontext antirassistischer Kämpfe von Flüchtlingen und Bündnissen mit Teilen der weißen deutschen Linken durchaus einige Gemeinsamkeiten mit Überlegungen postkolonialer Theoriebildung aufweist. Die Tatsache, dass bestimmte Politikkonzepte einer weißen europäischen Linken von dieser nicht nur als universal – also als allgemeingültig – angesehen werden, sondern sich auf Grund ihrer gesellschaftlichen Position auch Geltung verschaffen können. Die (post)koloni- alen Strukturen, die weiße Personen privilegieren sind nicht nur erheblich älter als die Bundesrepublik, sie lassen sich eben nicht durch einen Willensakt abschaffen. Die Tatsache, dass weiße deutsche Staatsbürger eine andere Rechtssicherheit und mehr Bewegungsfreiheit haben, dass sie im Durchschnitt über ein verhältnismäßig hohes Maß an Ressourcen verfügen, bedeutet eine Ungleichheit politischer Handlungsmacht.

Es bleibt daher gerade für politische Gruppen, die sich als antirassistisch verstehen, eine wichtige Aufgabe, sich eine Reihe von Fragen zu beantworten. Es gilt zu überlegen, was die Grundannahmen des eigenen Handelns sind und inwiefern diese durch europäische Logiken und Erfahrungen von dem, was vermeintlich »fortschrittlich«, »aufgeklärt« und »zivilisiert« ist, geprägt sind. Wenn diese Begriffe ausdrücklich fallen, ist die Wahrscheinlichkeit zumindest gegeben, dass kolonial geprägte Stereotype angerufen werden. Aber auch auf der Ebene praktischer Politik stellen sich viele Fragen. Welche Gruppen frage ich für Texte an und warum? Gibt es eine Alternativen zu den Weißen aus einem akademischen Umfeld, die diesen Text verfasst haben? Wen halte ich für kompetent auf einer Veranstaltung über Themen zu sprechen? Warum leuchten mir bestimmte politische Positionen nicht ein und was hat das mit der eigenen Sozialisation oder dem eigenen Unwissen zu tun. Habe ich mich jemals über deutschen Kolonialismus informiert? Ist eigentlich klar erkennbar aus welcher Perspektive ein Text geschrieben oder eine Aussage getroffen wurde oder liegt ihr eine vermeintlich neutrale Beobachterinnenposition zu Grunde?

Viel Spaß beim Nachdenken inwiefern dieser Text, dieses Heft, eure eigene politische Praxis dem gerecht wird.

Macht's gut. Und danke für den Fisch.

Naturfreundejugend Berlin Text Das_Gerbing (with a little help of my friends)

Fußnoten:

(1) >Schwarz< und >weiß< wird in diesem Artikel nicht als Bezeichnung von Hautfarbe verwendet. Vielmehr geht es mit diesen Bezeichnungen darum, soziale Kategorien zu benennen und sichtbar zu machen. Als >weiß< werden Personen bezeichnet, die in einer rassistischen Hierarchie Privilegien genießen. Als >schwarz< werden Personen bezeichnet, die rassistisch diskriminiert werden.

(2) Allein in der Zeit des Kolonialismus als staatliche Herrschaftsausübung wurden je nach Schätzung mehrere hunderttausend Menschen, wegen widerständigem Verhalten gegenüber der Kolonialmacht, ermordet. Jenseits der Frage nach Kontinuitäten in gesellschaftlichen Strukturen zeigt diese Zahl, dass auch 35 Jahre nur in der Relation zu anderen Epochen kolonialer Herrschaftsbeziehungen »kurz« sind.

(3) Um eine Differenzierung zwischen historischen Formen kolonialer Herrschaft und neueren Formen, die jedoch eine ähnliche Struktur aufweisen, vorzunehmen, wird in der Literatur gelegentlich der Begriff des »Neokolonialismus« verwendet.

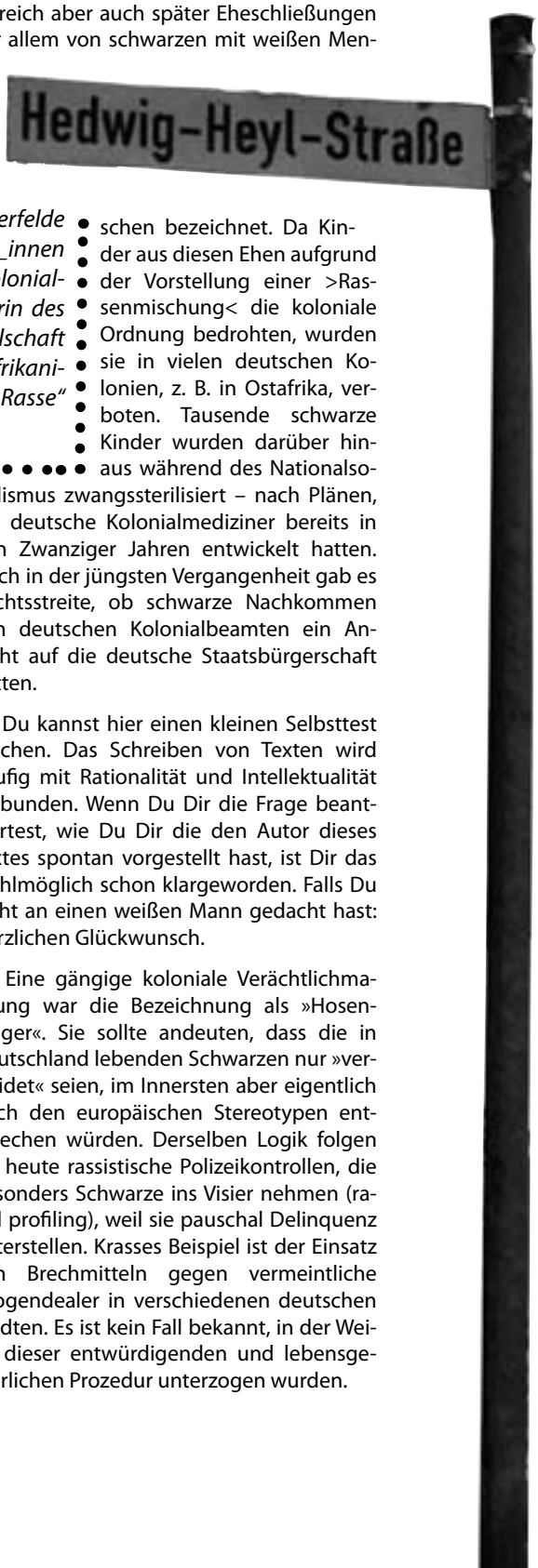
(4) Gemeint ist Dika Akwa, der 1902 mit einer Delegation aus Duala nach Berlin reiste, um beim Kaiser vorzusprechen und auch in den kommenden Jahren versuchte, mit Petitionen Einfluss auf die Politik in Berlin zu nehmen. Sein Sohn Mpondo Akwa wurde in Deutschland ausgebildet und lebte zeitweilig in Kiel, Paderborn und Rheindalben. Nach seiner Rückkehr nach Kamerun wurde auch er durch den deutschen Gouverneur verbannt.

(5) Der Maji-Maji-Aufstand begann 1905 in der Kolonie Ostafrika. Eine religiöse Erweckungsbewegung vereinte verschiedene Gesellschaften, die in der Kolonie lebten. Für seine Niederschlagung wurden zur Unterstützung der deutschen Schutztruppen- und Marineeinheiten mehrere Tausend Söldner aus verschiedenen Westafrikanischen Gebieten angeworben. Bei der Niederschlagung wurde eine gezielte Aushungerungsstrategie verfolgt, die das Zerstören von Feldern und Lebensmittelvorräten beinhaltete. Die Folge war eine mehrjährige Hungersnot in Ostafrika. Schätzungen gehen von 250 000 bis 300 000 Opfern auf afrikanischer Seite aus.

(6) Der Begriff >Mischehe< ist ein rassistischer Begriff, der aus der Vorstellung von der Existenz verschiedener Menschenrassen resultiert. Als >Mischehen< wurden im Kaiserreich aber auch später Eheschließungen vor allem von schwarzen mit weißen Menschen bezeichnet. Da Kinder aus diesen Ehen aufgrund der Vorstellung einer >Rassenmischung< die koloniale Ordnung bedrohten, wurden sie in vielen deutschen Kolonien, z. B. in Ostafrika, verboten. Tausende schwarze Kinder wurden darüber hinaus während des Nationalsozialismus zwangssterilisiert – nach Plänen, die deutsche Kolonialmediziner bereits in den Zwanziger Jahren entwickelt hatten. Noch in der jüngsten Vergangenheit gab es Rechtsstreite, ob schwarze Nachkommen von deutschen Kolonialbeamten ein Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft hätten.

(7) Du kannst hier einen kleinen Selbsttest machen. Das Schreiben von Texten wird häufig mit Rationalität und Intellektualität verbunden. Wenn Du Dir die Frage beantwortest, wie Du Dir die den Autor dieses Textes spontan vorgestellt hast, ist Dir das wohlmöglich schon klargeworden. Falls Du nicht an einen weißen Mann gedacht hast: Herzlichen Glückwunsch.

(8) Eine gängige koloniale Verächtlichmachung war die Bezeichnung als »Hosennigger«. Sie sollte andeuten, dass die in Deutschland lebenden Schwarzen nur »verkleidet« seien, im Innersten aber eigentlich doch den europäischen Stereotypen entsprechen würden. Derselben Logik folgen bis heute rassistische Polizeikontrollen, die besonders Schwarze ins Visier nehmen (racial profiling), weil sie pauschal Delinquenz unterstellen. Krasses Beispiel ist der Einsatz von Brechmitteln gegen vermeintliche Drogendealer in verschiedenen deutschen Städten. Es ist kein Fall bekannt, in der Weiße dieser entwürdigenden und lebensgefährlichen Prozedur unterzogen wurden.



Die Hedwig-Heyl-Straße liegt im Stadtteil Bürgerfelde und stellt einen Bezug zu den aktiven Lobbyist_innen für die „Schutzgebiete" her, allen voran die Kolonialgesellschaften. Hedwig Heyl war die Gründerin des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft und federführend daran beteiligt, Frauen in afrikanische Kolonien zu schicken, um die „deutsche Rasse" in den Kolonien „rein" zu halten.

Zum Weiterlesen

Einführungstexte:

• Castro Varela, Maria del Mar; Dhawan, Nikita: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld 2005 (Transcript)

• Conrad, Sebastian; Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2002 (Campus)

• Loomba, Ania: Colonialism – Postcolonialism. London/New York 1998 (Routledge)

Websiten mit Linklisten und Texten

www.blog. de rb ra une mob .info
www.deutschland-postkolonial.de
www.thevoiceforum.org
www.fi-b.net
www. iz 3 w. org

Weitere empfehlenswerte Texte:

• Antidiskriminierungsbüro (Hg.): The Black-Book: Deutschlands Häutungen. Frankfurt am Main 2004 (IKO Verlag für interkulturelle Kommunikation)

Die Fessel, die uns gefangen hält

Der „The VOICE"-Sprecher über seine Ansprüche an antirassistische Gruppen

Am 10. Juli veröffentlichte das „Neue Deutschland"einen Beitrag von Tim Zülch über die tiefen Gräben zwischen Flüchtlingen und deutschen antirassistischen Gruppen („Aneinander vorbei"). In seiner Replik schätzt Osaren Igbinoba, Gründer und Sprecher des Flüchtlingsnetzwerkes„The VOICE Refugee Forum", die Lage noch kritischer ein. Mit den deutschen „Antira-Gruppen" geht er scharf ins Gericht. Der aus Nigeria stammende Mann kam Anfang der 90er Jahre als Asylbewerber nach Deutschland und ist heute als politischer Flüchtling anerkannt. Seit 1994 kämpft „The VOICE" gegen Abschiebungen und die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern.

Von Osaren Igbinoba

Die Zusammenarbeit zwischen deutschen antirassistischen Gruppen und selbstorganisierten Flüchtlingen in Deutschland war in den letzten Jahren durch eine Reihe von Rückschlägen geprägt. Trotz einiger guter gemeinsamer Kampagnen - insbesondere die Anti-Abschiebungskampagne „Deportation Class" - fällt die Gesamtbilanz negativ aus. Die Ursachen sind mannigfaltig und wurzeln tief. Während der Grenzcamps etwa organisierte die antirassistische Bewegung Proteste vor Flüchtlingslagern, ohne sich intensiv um Kontakte zu den Menschen zu bemühen, die darin zu leben gezwungen sind. Erst als die Flüchtlinge anfingen, diesen Umstand zu kritisieren, begann sich etwas zu ändern.

Antirassismus heißt die Belange von Flüchtlingen und MigrantInnen ernst zu nehmen

Mit den Erfahrungen der Grenzcamps und der Flüchtlingsselbstorganisation wuchsen die Konflikte. Zunehmend ging es darum, ob die Flüchtlinge dem Beispiel der deutschen Aktivisten folgen, oder ob diese die Kampagnen der Flüchtlinge unterstützen. Zur Eskalation kam es während des Grenzcamps 2003, als eine Gruppe Antirassisten äußerte, dass sie nicht die „Soldaten" der Voice-Kampagne gegen die Residenzpflicht seien und antirassistische Arbeit auch ohne Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und Migranten praktiziert werden könne.

Teilweise hat dieser Konflikt damit zu tun, dass die deutsche Linke ihre Positionen, Konzepte und Organisationsmethoden oft als universelles Beispiel der Aufklärung, als fortschrittlichstes und politisch korrektes Vorbild betrachten. Von den Flüchtlingen wird dabei erwartet, dass sie sich in beinahe allen Aspekten nach den deutschen Gruppen richten.

Der Burenkamp im Stadtteil Nadorst ist eine Hommage aus dem 19. Jahrhundert an die burische Bevölkerung im Süden Afrikas, die als „blutsverwandt" galt.

Deren Position wird aufgrund ihrer strukturellen Überlegenheit im Hinblick auf Kontakte, Finanzen, Kenntnisse der Sprache und des Systems und wegen der Isolation der Flüchtlinge unausweichlich - wenn auch unbewusst - dominant.

Dies wird dann evident, wenn Flüchtlinge ihre eigenen Aktionen definieren. Im Rückblick auf die in den letzten Jahren von „The Voice" oder der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen" initiierten Kampagnen - sei es der Kampf gegen Abschiebungen und Residenzpflicht oder

die Aktionen gegen die Morde an Oury Jal- loh, Dominique Koumadiou oder Layé Konde - wird die Gleichgültigkeit der deutschen Linken sichtbar. All dies hat fundamentale Bedeutung für die Flüchtlings- und Migrantinnen-Community, aber die Beteiligung von deutschen Aktivisten ist eher Ausnahme als Regel. Entweder werden die Flüchtlinge ganz ohne Unterstützung gelassen, oder sie finden sich mit den deutschen Unterstützern in einer Auseinandersetzung über den richtigen Weg wieder.

Die Aktionstage gegen die Residenzpflicht im Jahr 2001 waren die wahrscheinlich größte selbstorganisierte Mobilisierung von Flüchtlingen in der Geschichte Deutschlands. Tausende Flüchtlinge kamen zusammen zum Protest gegen das vielleicht meistgehasste Gesetz, das ihr Leben regiert. Ein Vorfall ist bezeichnend für die Beziehung zwischen Deutschen und Flüchtlingsaktivisten: Als während der Aktivitäten eine Gruppe von Flüchtlingen sah, wie ein Migrant verhaftet wurde, eilten sie ihm zu Hilfe und schafften es, dass er sich befreien konnte. Es waren nur die Flüchtlinge, die die Polizei konfrontierten und sich damit selbst in eine schwierige Lage brachten. Erst viel später boten auch die danebenstehenden Deutschen ihre Unterstützung an - durch Verhandlungen mit der Polizei, einen Anruf beim Anwalt und Öffentlichkeitsarbeit.

Unmittelbar nach diesem historischen Beispiel von Solidarität zwischen Flüchtlingen fingen viele deutsche Antirassismus-Aktivisten an, den Fokus der Kampagne in Frage zu stellen. Ihr Hauptargument war, dass die Forderung nach Abschaffung der Residenzpflicht zu reformistisch sei und dass umfänglichere Forderungen gestellt werden sollten. Das Ergebnis war ein Aufruf für globale Bewegungsfreiheit, mit dem man sich direkt gegen die Bedürfnisse und Wünsche der Flüchtlinge stellte.

Rassismus, Kolonialismus und das Erbe der Sklaverei sind immer noch offene Wunden

Das ist nur ein Beispiel von vielen, in denen die deutschen AntirassistInnen eine dominante Haltung demonstrierten. Angefangen bei den Kein-Mensch-ist-Illegal-Kampagnen der späten 90er, über die Aktionen der Flüchtlinge zur Schließung der Isolationslager im Thüringer Wald und die Anfänge der „Karawane“ bis hin zu den Aktionstagen gegen die Residenzpflicht und dem Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit im Fall Oury Jalloh - die Zusammenarbeit hat sich immer nur auf einer limitierten und punktuellen Basis als möglich erwiesen. Die Kämpfe um die Definitionsmacht gehen dabei auch um Begrifflichkeiten. Die deutsche Linke wehrt sich etwa gegen die Bezeichnung der Residenzpflicht als „Apartheid“, gegen das Wort „Mord“ im Zusammenhang mit Oury Jalloh, gegen unsere Betonung des kolonialen Erbes und des kolonialen Unrechts. Dabei ist unter den Aspekten, die der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der antirassistischen und der Flüchtlingsbewegung zugrunde liegen, der Kolonialismus in seiner Erscheinungsform als Dominanz und Hierarchie vielleicht der wichtigste, auch wenn ihn die meisten als eine Realität abzutun versuchen, die nicht mehr von Bedeutung ist. Rassismus, Kolonialismus und sogar das Erbe der Sklaverei sind nicht einfach nur Spuren einer weit zurückliegenden Vergangenheit. Vielmehr beeinflusst dieses Erbe täglich unser Leben und unsere Beziehungen. In der Tat sind die vermeintlichen Narben immer noch offene Wunden.

Der Kampf gegen die rassistische Unterdrückung, die unsere Identität und unseren Platz in der Welt bestimmt, hat nicht erst heute begonnen und er wird morgen nicht vorbei sein. Wenn wir diese Ungerechtigkeit überwinden wollen, werden wir alle unseren Teil beitragen müssen, damit diese Fessel gebrochen werden kann. Die Schwierigkeiten in unseren Beziehungen müssen als permanente Mahnung dienen: an die Vergangenheit, die wir in uns tragen, und an die Gegenwart, die wir erfahren. Der Respekt gegenüber den Opfern ist dabei ebenso fundamental wie die Anerkennung der Rechte dieser Opfer auf Autonomie des Widerstands und auf Selbstbestimmung.<

Der Text erschien im „Neues Deutschland“ am 28. August 2009

In der Rosenstraße im Bahnhofsviertel steht das „Littmann-Haus“, benannt nach Enno Littmann, Sohn eines Buchdruckerei-Besitzers und Orientalist. Bei seinen Reisen nach Afrika und Asien ging es vor allem darum, die dortige Bevölkerung zu „erforschen“. Ein weiterer Schwerpunkt Littmanns war die Archäologie, so war er beispielsweise Leiter der Ausgrabungen in der heiligen Stadt Akhsum in Äthiopien im Jahre 1906. Im Zuge solcher Ausgrabungen war es kolonialer Usus, der einheimischen Bevölkerung die archäologischen Fundstücke zu stehlen und nach Europa zu bringen, wo sie sich der Großteil auch heute noch befindet.

VON DER "RASSE" ZUR "KULTUR"

Das Phänomen des antimuslimischen Rassismus

In Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unsere Zukunft aufs Spiel setzen" heißt es: „Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken Türkisch und Arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird. Ich möchte nicht, dass wir zu Fremden im eigenen Land werden." Den Vorwurf des Rassismus wiesen er und Necla Kelek, die sein Buch im Haus der Bundespressekonferenz vorstellte, zurück: So sagte Sarrazin, er sei kein Rassist, da sein Buch nur mit dem Merkmal der „Kultur" argumentiere. Auch Kelek meinte, es sei absurd, Sarrazin des Rassismus zu bezichtigen, „denn der Islam ist keine Rasse sondern Kultur und Religion."

Zwar ist Kelek beizupflichten, denn in der Tat stellt der Islam keine „Rasse" dar – doch trägt diese Argumentation nicht weit, denn genauso wenig gehören Schwarze oder Juden einer „Rasse" an, weil es überhaupt keine genetisch unterscheidbaren menschlichen Rassen gibt. Diese Erkenntnis, wonach es sich bei „Rassen" um soziale und politische Konstrukte handelt, aber vor allem die Erfahrung des Holocaust, führten dazu, dass Rassentheorien nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa - außer bei Rechtsextremen - offiziell auf breite Ablehnung stießen. Damit verschwanden aber keinesfalls rassistische Denkweisen, die Menschen kategorisieren und diese Kategorien mit unterschiedlichen Wertungen versehen.

Bipolare Sicht auf "Islam" und "Westen"

Ausgehend von solchen Anpassungen in der Argumentation wird in der Forschung seit mindestens zwei Jahrzehnten unter dem von Etienne Balibar und Stuart Hall geprägten Schlagwort vom „Rassismus ohne Rassen" eine zunehmende Verschiebung von dem biologistisch argumentierenden Rassismus hin zu einem Neo- bzw. Kulturrassismus diskutiert. Um eine solche Form des Kulturrassismus

handelt es sich auch beim antimuslimischen Rassismus. Grundlage ist der Glaube an eine historisch gewachsene sowie unausweichliche Differenz und Hierarchie der „Kulturen", wobei diese als essentialistische, also als in ihrem Wesen unwandelbare Konstrukte zu verstehen sind. Damit einher geht eine quasi Naturalisierung kultureller Eigenschaften. Hierbei werden bestimmte Merkmale allen Personen einer kulturell definierten Gruppe zugeschrieben, sie wird also als homogen begriffen. Derartige Annahmen rekurrieren implizit auf einen Kollektivcharakter.

Die von Sarrazin und anderen beklagte Gefährdung des europäischen Zivilisationsniveaus durch Einwanderung und überdurchschnittliche Vermehrung der vermeintlich unterentwickelten Muslime weist strukturelle Ähnlichkeiten mit den Ängsten vor der Vermehrung „minderwertiger Rassen" auf, wie sie im biologistischen Rassismus existieren. Demnach könne der Fortschritt der Menschheit nur durch die Dominanz der überlegenen „weißen Rasse" sichergestellt werden. In der neorassistischen Meistererzählung ist hingegen die überlegene „westliche Zivilisation" durch die Ausbreitung „fremder" und inkompatibler „Kulturen" gefährdet. In Sarrazins Buch heißt es dazu: „Demografisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar."

Sarrazin geht von einer klar abgrenzbaren islamischen Kultur aus, deren Träger - die Muslime - durch ihre physische Vermehrung zu einer existen- ziellen Gefahr für die europäische Kultur werden. Konstitutiv für den antimuslimischen Rassismus, wie er im Verhältnis von nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaften und als muslimisch markierten Minderheiten bedeutsam wird, ist eine dichotome Konstruktion von „westlicher" oder „christlich-abendländischer" und „islamischer" Kultur, die einander als statische Entitäten gegenüberstehen und als unvereinbar angesehen werden. Üblicherweise wird bei einer solchen bipolaren Sicht auf „Islam" und „Westen" Letzterer als emanzipativ, aufgeklärt und fortschrittlich beschrieben, während „der Islam" als rückständig, unwandelbar, irrational und gewaltbereit gilt. Womit wir bei einem wesentlichen Aspekt angelangt wären, dass nämlich die Fremddämonisierung häufig mit einer Selbstidealisierung einher geht, die Abwertung des Anderen also der Aufwertung des Eigenen dient.

Fremddämonisierung dient der Selbstidealisierung

Im antimuslimischen Rassismus wird die Hybridität und Dynamik kulturel- ler Identitäten geleugnet, stattdessen wird jedes Verhalten von Menschen, die als Muslime markiert sind, auf „den Islam" zurückgeführt. Der argumentative Rückgriff auf die Religion der Muslime wird nicht selten zur Abwehr des Rassismusvorwurfs benutzt; schließlich handle es sich ja lediglich um die Ablehnung eines Glaubens und den dürfe man doch wohl kritisieren, so das Standardargument.

Dabei wird der Begriff der Religion in einer ähnlich deterministischen Art und Weise verwendet wie der Kulturbegriff:
Aus einer oftmals selektiven und wortwörtlichen Lektüre des Korans werden pauschale Rückschlüsse auf das soziale Verhalten der Muslime gezogen und damit unterstellt, diese seien in ihrem Handeln vorrangig von ihrer Religion bestimmt, und zwar ohne dass eine von Raum und Zeit abhängige Aneignung der religiösen Schriften stattfände. In diesem Zuschreibungsprozess, der auf

ein vermeintlich zeitloses „Wesen" des Islam abhebt, aus dem sich das Denken, Fühlen und Handeln jedes Muslims ableiten ließe, wird die Selbstverortung des Individuums ausgeblendet. Zudem treten seine sonstigen Identitäten - die sich z.B. aus dem Geschlecht, dem Alter, der politischen Einstellung, dem Beruf etc. ergeben - zugunsten einer Markierung als Muslim in den Hintergrund. Hierbei können auf der Ebene der sozialen Interaktion sowohl religiöse Kleidung als auch ein bestimmtes Äußeres oder lediglich der Name zum Stigma werden.

Wie bei anderen Formen des Rassismus auch, lässt sich antimuslimischer Rassismus nicht allein als ein Phänomen individueller Einstellungen verstehen. Daneben sind insbesondere all jene Instanzen von Bedeutung, die gesellschaftliches Wissen, sprich Diskurse und mit ihnen Bilder und Stereotype produzieren: die Medien, die Wissenschaft, die Werbung, die Filmindustrie usw. Diese Diskurse werden wiederum auf einer strukturellen bzw. institutionellen Ebene wirksam, indem sie beispielsweise in Gesetze einfließen oder zur Benachteiligung auf dem Wohnungs- bzw. Arbeitsmarkt und im Bildungswesen führen.

Die Gründe für die Diskriminierung von Muslimen sind häufig nicht auf ein einziges Merkmal zurückzuführen. Vielmehr findet im antimuslimischen Rassismus eine Verschmelzung von kulturell-re- ligiösen und ethnischen Kategorien statt. Dies zeigt sich sowohl in der synonymen Verwendung der Bezeichnungen „Muslim" und „Türke" oder „Araber", als auch in einer Islamisierung der Debatten rund um das Thema Integration. Durch die Fokussierung auf den Islam wird dabei der Eindruck zementiert, dass Einwanderer aus Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und ihre Nachkommen ein primär von der Religion determiniertes Kollektiv seien – was man getauften Menschen wahrscheinlich nicht per se unterstellen würde. Darüber hinaus suggeriert die häufige Gleichsetzung von Muslimen und Zuwanderern, die eine Ethnisierung der Kategorie „Muslim" zur Folge hat, dass das „Muslim-Sein" und das „Deutsch-Sein" etwas Gegensätzliches wären.

Eine wesentliche Funktion des Rassismus liegt darin, dass er Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit regelt. Nicht umsonst heißt es bei Sarrazin: „Ich möchte nicht, dass wir zu Fremden im eigenen Land werden." Das imaginierte „wir", von dem er hier spricht, ist ein „wir" der weißen, christlichen Deutschen. Zu diesem „wir" können Muslime aus Sarrazins Sicht per definitionem nicht dazugehören. Es geht beim Rassismus also nicht nur um Abwertung, sondern ebenso um die Wahrung von Privilegien mittels Exklusion. Deshalb artikuliert er sich häufig gerade im Kontext des sozialen Wandels, der durch eine sich vollziehende Integration ausgelöst wird: Es sind ja eben nicht die Hinterhofmoscheen, die Abwehr hervorrufen, sondern repräsentative Gotteshäuser, die Muslime als im Stadtbild dokumentierte Mitglieder der Gesellschaft ausweisen. Auch entzündete sich kaum Streit an den Kopftüchern von Putzfrauen, während das Streben junger Akademikerinnen mit Kopftuch in den Staatsdienst in Deutschland eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen nach sich zog, die solche Karrieren verhindern.

Abwehr der sich vollziehenden Integration

Im Kontext einer durch Einwanderung und Einbürgerung brüchig werdenden „Abstammungsgemeinschaft" wird verstärkt das Merkmal der „Kultur" als neue Grenzmarkierung zwischen Eigenem und Fremdem bemüht (Stichwort Leitkultur). Der Rassismus dient aber nicht nur einer Abgrenzung nach außen, sondern immer auch einer Selbstvergewisserung und Identitätsstiftung nach innen. Das Thema Islam scheint auch auf einer supranationalen Ebene eine besonders integrierende Funktion bei der Anrufung einer gemeinsamen europäischen Identität zu besitzen, wie man am Beispiel der rechtspopulistischen Parteien Europas sieht. Bei sogenannten Anti-Islamisierungskongressen und Anti-Minarettkonferenzen kommen Vertreter der deutschen Pro-Bewegung mit Mitgliedern des belgischen Vlaams Belang, der italienischen Lega Nord und der österreichischen FPÖ zusammen. Die religiös aufgeladene antimuslimische Rhetorik dient ihnen dabei als Modernisierungsstrategie und hat vielfach die Parole „Ausländer raus" abgeholt.

Wie Meinungserhebungen des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung belegen, verspüren in Europa aber keinesfalls nur Rechtspopulisten ein Unbehagen angesichts des Vorhandenseins muslimischer Minderheiten: Insgesamt stimmten bei einer aktuellen Untersuchung in acht EU-Mitgliedsstaaten über 44% der Befragten der Aussage zu, in ihrem Land lebten zu viele Muslime. Selbst in Ländern, in denen weit weniger als 1% der Bevölkerung muslimisch ist, wie in Polen oder Ungarn, existiert eine massive Ablehnungshaltung von Seiten der Mehrheitsbevölkerung. Daraus folgt, dass der Rassismus also einerseits auch ohne seine realen Objekte auskommt - und dass es andererseits falsch ist, ihn nur am rechten Rand zu verorten, wie das in Deutschland häufig geschieht.

Neben dem Überfremdungstopos zeichnet sich der antimuslimische Rassismus durch ein Anknüpfen an emanzipative Diskurse aus. Häufig wird die Aversion gegen Muslime beispielsweise mit dem Eintreten für Frauenrechte begründet. In einer Studie des Sozialforschers Andreas Zick konnte jedoch gezeigt werden, dass solche Argumente oftmals nur vorgeschoben sind. In Deutschland stimmten 76,1% der Befragten der These zu „Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten". Aus derselben Gruppe der Befragten waren jedoch 52,7% gleichzeitig der Meinung „Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen". Es gilt also genau hinzusehen, wenn Menschenrechte ins Feld geführt werden, um die Ablehnung einer Gruppe als Kollektiv zu legitimieren. Denn auch paternalistische Fürsorge, die in einem Erziehungsauftrag gegenüber den „zu Zivilisierenden" mündet, ist ein traditionsreiches Motiv im Repertoire rassistischer Diskurse.

Yasemin Shooman

ananlyse & kritik Nr. 555 19.11.2010

RASSISMUS IM TISCHMANIEREN

Die Integrationsdebatte ist auch ohne Sarrazin widerlich

Der Lack war dünn, der Lack ist ab. Die so genannte Sarrazin-Debatte hat vor allem gezeigt, dass sich die Diskussion um Integration nur in der Begrifflichkeit vom dumpfen Rassismus der Stammtische unterscheidet. Wenn man etwas hegelianisch durch die Hintertür denken will, so ist das die aufklärerische List dieser Diskussion, dass sie nämlich zeigt: Rassismus ist nicht nur eine Angelegenheit rechtsradikaler Prolls, sondern integraler Bestandteil der Denk-, Sprech- und Handlungsweisen des aufgeklärten Bürgertums.

Das Problem mit Sarrazin war für viele nur, dass er sich in Biologismen verstiegen hat und ein bisschen arg kulturtümlerisch rübergekommen ist. Ansonsten hat er den etablierten Mainstream des öffentlichen Integrationsdiskurses ja nicht verlassen. Entsprechend anschlussfähig sind seine Thesen und entsprechend hofiert wurde er durch die Feuilletons und Talk-Shows der Republik gereicht.

In erster Linie wirft die Debatte um Sarrazin also ein Licht auf eben diesen Integrationsdiskurs und seine Protagonistinnen in Politik, Verwaltung und Medien. Und genau wie bei Sarrazin geht es in diesem Diskurs darum, wer zur Solidargemeinschaft dazugehören darf und wer nicht. Es geht um ein „wir" und „die" und um drinnen und draußen; insofern ist der Integrationsdiskurs auch ohne Sarrazin immer anschlussfähig an völkische Gemeinschaftskonstruktionen und an Vorstellungen von Dominanz-, Pardon Leitkultur. Die so alberne wie falsche Idee eines unabänderlichen christlich-jüdischen Kulturfundaments dieser Gesellschaft ist vielleicht sinnfälligstes Beispiel dafür.

Die Frage nach dem „wir" und „die", nach Ausschluss und Inklusion ist in der bürgerlichen Gesellschaft immer auch mit dem Kriterium der ökonomischen Nützlichkeit beantwortet worden. Fleißige ArbeiterInnen gehörte dazu, der faule lumpenproletarische Pöbel nicht. Die „wirklich Armen" gehören dazu, die LeistungsverweigererInnen und FaulenzerInnen nicht. Die High Potentials (vulgo „Computer-Inder") gehören dazu, Flüchtlinge und „ScheinasylantInnen" nicht. Bis hin zur Neufassung des Aufenthalts und Ausländerrechts 2005 folgt die Politik in diesem Land dem Versuch, Migration entlang von Nützlichkeitserwägungen zu steuern: Repression und Abschreckung gegenüber Flüchtlingen auf der einen Seite, gezielte und kontrollierte Grenzöffnung je nach Arbeitsmarktbedarfen andererseits. Und auch in der jetzigen Diskussion steht der Ruf nach mehr migrantischen Fachkräften wie selbstverständlich neben dem verbalen Geholze gegen „Integrationsverweigerer" (Innenminister de Maiziere).

Kein Bundesland und keine Kommune, die nicht ein Integrationskonzept vorzuweisen hätten; kein solches Integrationskonzept, das nicht zunächst einmal den Nutzen der Integration „für uns" heraus streichen würde. In der eine DIN-A4-Seite langen Präambel des Hamburger „Handlungskonzept Integration" geht es auf der ersten halben Seite überhaupt nicht um Zuwande-

rung oder Integration, sondern um Hamburg als „Zentrum einer bedeutenden europäischen Wirtschaftsregion". Politisches Ziel müsse es sein, die Stadt so zu „positionieren, dass Hamburg auch international als attraktive Stadt wahrgenommen und qualifizierte Zuwanderung aus dem In- und Ausland gefördert wird". Nicht humanitäre, menschenrechtliche und demokratische Prinzipien von Gleichberechtigung und Gleichstellung sind Leitlinien der herrschenden Integrationspolitik, sondern wirtschaftsutilitaristische Standortüberlegungen.

Wenn die herrschende Klasse und ihre Miethirne also von Integration sprechen, so meinen sie vor allem Sortierung – in gut und schlecht, nützlich und unnütz. Damit entpuppt sich die Integrationsdebatte als eine Spielart der sozialen Frage: Wer ist wertvoll/verwertbar und wer ein Kostenfaktor. Vielleicht erinnern sich einige noch an die so genannte Mißfelder-Debatte von 2003, als der damalige Vorsitzende der Jungen Union und jetzige CDU-Bundestagsabgeordnete, Philipp Missfelder, gegen zu üppige Sozialieistungen für RentnerInnen polemisierte mit dem Argument, es handele sich dabei um Fehlinvestitionen, die die „Leistungsträger" der Gesellschaft belasteten. (ak 476) Damals mussten sich nicht nur Erwerbslose und Flüchtlinge, sondern auch Ältere die Frage gefallen lassen, ob sie nicht eigentlich nur nutzlose SchmarotzerInnen zu Lasten der gesellschaftlichen Produktivkraft seien.

Und so ähnlich, wie etwa in der Integrationsdiskussion und in der Debatte um die Hartz-IV-Regelsätze die soziale Frage gestellt wird, so ähnlich wird sie auch beantwortet: Zwangsintegration (in den Arbeitsmarkt, in die Gesellschaft) durch Fördern und Fordern. Genau wie Erwerbslose ihre Haut bedingungslos zu Markte tragen müssen, haben MigrantInnen die Bringschuld zur Integration. Und genau wie Arbeitsverweigerung wird auch Integrationsverweigerung sanktioniert. Bis in das Vokabular von Eingliederungs- / Integrationsvereinbarungen, Eingliederungs- / Integrationspläne, Case-Management etc. ähneln sich Integrations- und Armutsverwaltung.

Diese Ähnlichkeiten sind kein Zufall. Sie bezeichnen den autoritär-aktivierenden Umgang des Bürgertums mit denjenigen, die nicht zum Verwertungskern der Gesellschaft gehören. Das Pendant zu einer solchen Politik der Zwangsinklusion ist ein Diskurs, in dem es vor allem um Defizite, Fehlverhalten, Disziplinlosigkeit, Unmoral und Parallelgesellschaften geht – Begriffe, die nicht nur die Integrationsdebatte prägen, sondern auch die so genannte Unterschichtsdiskussion bestimmen. Denn bei genauerer Betrachtung sind es nicht MigrantInnen an sich, die Objekte offizieller Integrationspolitik- und -rhetorik sind, sondern vor allem arme, erwerbslose, proletarische Zuwan- derInnen. Das öffentliche Gerede über Integration, faule Erwerbslose und antriebsschwache Arme hat somit einen gemeinsamen Nenner und Bezugspunkt: Es sind Varianten eines salonfähigen Sozialrassismus des aufgeklärten Bürgertums gegen eine zunehmend migrantische Unterklasse in diesem Land.

Heiko Lanig

ananlyse & kritik Nr. 555 19.11.2010

Ein Mandat der Mandate

Einheit von unten statt "Nationale Einheit" in Kolumbien

Die Ausgangsbedingungen für soziale Bewegungen in Kolumbien sind extrem schwierig. Das Land ist zersetzt von gewaltsam ausgetragenen Konflikten, die das Resultat aus geostrategischen, ökonomischen und politischen Interessen sind. In der Region und in ganz Lateinamerika gibt es kaum ein Land, wo dieser Interessenskonflikt eine so lange und blutige Tradition hat. Dies liegt nich zuletzt daran, dass Kolumbien der wichtigste von den verschwindenden "Hinterhöfen" der USA auf dem Kontinent ist.

Die seit Sommer 2010 neu eingeführte Regierung bedeutet eine Fortführung der sogenannten "Parapolitik", der Verflechtung von Politik und Paramilitarismus.

Hoffung und Widerstand trotzen dennoch diesen schwierigen Ausgangsbedingungen. Der "Congreso de los Pueblos"(Kongress der Bevölkerungen), der vom 8. bis 12. Oktober 2010 in Bogotá stattfand, hat eine neue Etappe der Zusammenarbeit in der Geschichte der sozialen Bewegungen Kolumbiens eingeleitet.

Neue Namen – altes Spiel mit neuen Regeln

"Wir können unser Schicksal nicht in die Hände von Regierungen geben, die unsere beschissene Situation verursacht haben."[1]

Am 7. August 2010 hat Álvaro Uribe Vélez sein Amt als Präsident von Kolumbien an Juan Manuel Santos übergeben. Die Geschäfte bleiben damit in den Händen der ultrarechten Oligarchie des Landes. Aufgrund der schwindenden Legitimität des alten Präsidenten war ein Imagewechsel vom Law-and-order-Cowboy Uribe hin zum gesprächsbereiten Intellektuellen Santos notwendig geworden. Während Kolumbien mittlerweile sowohl im europäischen Diskurs als auch bei den Vereinten Nationen als "Vorzeigedemokratie" und als Botschafter des Friedens und der Stabilität gilt, sieht die Realität in dem lateinamerikanischen Land bedeutend anders aus. In Kolumbien herrscht Krieg. Die vergangenen acht Jahre Uribe zeigen eine vernichtende Bilanz im Hinblick auf Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit: Starke Militarisierung[2], unzählige Vertreibungen im Interesse Multinationaler Konzerne und Großgrundbesitzer_innen. Die propagierte Demobilisierung der Paramilitärs hat de facto nicht stattgefunden. Nach wie vor zeigen sie vor allem in Gebieten von wirtschaftlichem Interesse oder an Orten, die dem Einfluss von sozialen Bewegungen wieder abgerungen werden sollen, eine starke Präsenz (z.B. in der Region Urabá an der Karibikküste[3]). Die Straflosigkeit der paramilitärischen Gruppen ist eine Folge des medial inszenierten Demobilisierungsprozesses: Denn etwas, das nicht existiert, kann mensch auch nicht bekämpfen.

Die dazu bekannt gewordenen Zahlen sind sehr widersprüchlich: 12 000 Paramilitärs gab es schätzungsweise vor der Demobilisierung, 31 671 wurden demobilisiert, 10 000 sind heute in „Neuen Banden" organisiert. Über die offensichtlichen Beziehungen der Regierung Uribe zu den Paramilitärs kann dieser propagierte Demobilisierungsprozess

Blick auf einen Teil der Erdölraffinerie von Barrancabermeja, die die größte und wichtigste im ganzen Land ist. Barrancabermeja war lange Zeit die Hochburg der Guerillas, der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften, bis die Regierung es zum politischen Ziel erklärte, die Stadt zu „säubern". Seit den frühen 90er-Jahren finden immer wieder Massaker statt. Heute wird die Stadt durch die Paramilitärs kontrolliert – der Widerstand lebt trotzdem weiter.

nicht hinwegtäuschen. Es sind die Paramilitärs, die dem kolumbianischen Militär bei Morden, Vertreibungen und extremer Repression gegen Kleinbäuer_innen, Indigene und soziale Bewegungen im Namen der Terrorismus- und Drogenbekämpfung behilflich sind. Die großangelegte US-amerikanische Militärhilfe im Zuge des "Plan Colombia" bietet dabei aktive Schützenhilfe.

Der neue Präsident Santos inszenierte sich bereits vor seinem Amtsantritt als Mann der „Nationalen Einheit" und einer versöhnlichen Außenpolitik. Er geht auf Schmusekurs mit den linksgerichteten Regierungen der Nachbarstaaten Ecuador und Venezuela. Dieses Gehabe ändert jedoch wenig an der Kontinuität zu Uribes Politik. Santos war unter Uribe Verteidigungsminister und verantwortlich für die Neuauflage eines Gesetzes, dass ein Kopfgeld auf getötete Guerilleros und Guerilleras aussetzt, welches die sogenannten „falsos positivos"[4] erst ermöglicht hat.

Die einizige landesweite Tageszeitung "El Tiempo" befindet sich im Besitz der Santos-Familie. Sie hat ihren Teil dazu beigetragen, dass der ehemalige Verteidigungsminister nun Präsident ist.

Als großer Wurf wird das "Ley de tierra" gefeiert, ein neues Landgesetz, das von Regierungsseiten als Agrarreform für Vertriebene verkauft wird. Dieses Gesetz gewährt Vertriebenen einen scheinbaren Ausgleich für die enteigneten Grundstücke. Es berücksichtig jedoch weder die ehemaligen Besitze der Kleinbäuer_innen ausreichend, noch die Regionen, in der die Vertriebenen lebten. Konkret bedeutet es, dass den Menschen ein Stück Land irgendwo in Kolumbien gegeben wird, welches in keinster Weise dem ehemaligen Besitz entspricht. Das Herzstück dieses Gesetzes ist die Bedingung, dass die Bäuer_innen auf dem neuen Land das anbauen müssen, was die Regierung für profitabel erklärt. In den meisten Fällen sind das Ölpalmen, die für den Export von Biokraftstoffen verwendet werden. Der Subsistenzwirtschaft der Bäuer_innen wird somit ein Ende gesetzt, sie arbeiten von nun an für den kolumbianischen Staat. Da die Kleinbäuer_innen durch dieses Gesetz jeden weiteren Anspruch auf Entschädigung verlieren, hat das "Ley de tierra" die Funktion der Legalisierung von Enteignung und Vertreibung. Wenn es sich bewährt, besteht die Gefahr, dass es in anderen lateinamerikanischen Ländern Nachahmer_innen findet, wie schon vorher das Konzept des Paramilitarismus.

Ende September 2010 gelang es der neuen Regierung den FARC-Oberkommandanten "Mono Jojoy" zu töten. Die Medien titeln seitdem vom "Anfang vom Ende der Guerilla". Unabhängig davon, wieviel von diesem Gerede frei erfundene Stimmungsmache ist, sind die militärischen Schläge vor allem gegen die FARC in den letzten neun Jahren massiv angestiegen, der Weg des bewaffneten Kampfes hin zu einer besseren Gesellschaft scheint in Kolumbien somit versperrt. Die Guerillas genießen allerdings weiterhin Unterstützung in der Bevölkerung, weil sie in bewaffneten Auseinandersetzungen mit Militärs und Paramilitärs Freiräume für Organisierungsprozesse sozialer Bewegungen schaffen. Andererseits haben sie durch Straftaktionen das Vertrauen bei einigen sozialen Bewegungen verspielt. So distanzieren sich z.B. viele Indígena-Organisationen wie die CRIC (Regionaler Rat der Indigenen des Cauca) von den Guerillas.

Trotz dieser fatalen Ausgangsbedingungen ist der Widerstand der sozialen Bewegungen in Kolumbien massiv und es gibt Prozesse, die Hoffnung auf Veränderungen von unten machen.

Das Heranwachsen der "Minga" und die Geburt des "Congreso de los Pueblos"

"Die Regierung hat ihre Initiative ergriffen – jetzt übernehmen wir die Initiative."

Der Begriff Minga bedeutet "zusammenkommen", "kollektive Arbeit", "etwas in Bewegung setzen" und kommt aus der indigenen Sprache Quechua.

Sich in der Tradition eines 518-jährigen Widerstands verstehend, der mit dem Kampf gegen die Kolonisator_innen begann, entstand die Minga als politischer Prozess und Mobilisierung in den 1990er Jahren, als sich Kleinbäuer_innen-Räte und indigene Regionalparlamente zusammenschlossen. Seitdem schreitet sie sprechend voran. 2004 gewann der Prozess an Dynamik und Kraft und es gelang der Minga, 80 000 Menschen in der Stadt Cali

Entlang der Straße, die den wichtigsten Hafen Kolumbiens mit der nächsten Großstadt verbindet, wurden von 1999 bis heute 13 Massaker von Militärs und Paramilitärs begangen. Diese richteten sich gegen den Widerstand der ansässigen Bevölkerung, der sich gegen den Ausbau der Straße zugunsten wirtschaftlicher Zwecke formierte. Im August 2010 fand eine Karawane in Gedenken an die Ermordeten statt.

Demonstration anlässlich des Congreso de los Pueblos in Bogotá

unter dem Motto "Minga für das Leben, die Gerechtigkeit, die Freude, die Autonomie und die Freiheit der Völker" zu versammeln. In den Folgejahren kam es immer wieder zu großen Mobilisierungen, die aber mit ihrer zunehmenden gesellschaftlichen Bedeutung verstärkt mit staatlicher Repression konfrontiert waren. 2008 entschied sich die Minga, mit weiteren gesellschaftlichen Sektoren, Organisationen und Menschen ein großes Bündnis einzugehen, um den Protest auf eine neue Stufe zu heben. Damit war der Congreso de los Pueblos geboren.

Das ist die Entstehungsgeschichte eines neuen sozialen und demokratischen Prozesses von unten, der alle Dynamiken und Prozesse einschließt, die bereit sind, eine gemeinschaftliche Legitimität für die Zukunft und Gegenwart Kolumbiens mit einer lateinamerikanischen und weltweiten Perspektive herzustellen. Es geht darum, der "Nationalen Einheit" von Santos die Einheit der sozialen Bewegungen Kolumbiens entgegenzusetzen. Der Congreso de los Pueblos 2010 bedeutet einen Ausbruch aus der Defensive, in der die linken Bewegungen in den letzten Jahren verblieben waren.

Architektur eines Kongresses

"Der Congreso de los Pueblos ist ein Ausgangs- und kein Ankunftspunkt. Er läutet eine neue Etappe der sozialen Bewegungen ein."

Mit dem Congreso de los Pueblos schlagen die indigenen Gruppen und die sozialen Bewegungen Kolumbiens erstmals einen gemeinsamen Weg ein. Die breite Beteiligung von afrokolumbianischen Communities, Indigenen, Kleinbäuer_innen, Studierenden, Lohnabhängigen aus den Städten, Arbeitslosen und Kindern aus den Vierteln legitimiert die Zusammenkunft als Kongress der Bevölkerungen, der im Gegensatz zum Kongress der Nation, dem kolumbianischen Parlament, steht.

Natürlich bringt so ein breiter Prozess auch viele Schwierigkeiten mit sich. Im Vorfeld des Kongresses kam es zu Machtkämpfen um die Dominanz einzelner Organisationen. Vor allem die kommunistische Partei und einige Gewerkschaften wollten sich nicht so richtig anschließen, da der Prozess zu indigen geprägt sei.

Letztendlich hat es jedoch geklappt, dass Vertreter_innen fast aller sozialen Bewegungen Kolumbiens an dem Kongress teilgenommen haben. Über 17 000 Menschen von 212 Organisationen und Gruppen sind fünf Tage lang zusammengekommen.

Der Congreso de los Pueblos ist nicht als Event gedacht, sondern markiert den Ausgangspunkt für eine neue Etappe, die von allen als ein langjähriger Prozess gedacht wird. Bereits in den letzten Jahren fanden in allen Regionen Kolumbiens Workshops und Vor-Kongresse statt, in denen Mandate[5], nach gesellschaftlichen Sektoren und verschiedenen Themen strukturiert, entwickelt wurden. Diese Mandate wurden von Vertreter_innen zum Kongress mitgebracht, um sie dort auf einer breiteren Ebene weiterzudiskutieren. Es geht darum, eine Agenda zu schaffen, die von unten legitimiert wird. Auf dem Kongress waren durchweg Basisaktivist_innen vertreten, dennoch ist das Selbstverständnis, dass die Mandate von diesem Zusammentreffen nur eine offene Arbeitsgrundlage sein können, da der Prozess auf noch viel breitere Beine gestellt werden soll.

Die Idee der Selbstlegitimierung von Mandaten und der Schaffung von eigenen Strukturen zur Umsetzung dieser Mandate, im Gegensatz zu der Entwicklung von Forderungen an die Herrschenden, war auf dem Kongress deutlicher Konsens. Zu oft haben die Regierungen Kolumbiens das Vertrauen in weiten Teilen der Bevölkerung verspielt und haben wiederholte Gesprächsangebote von Seiten der sozialen Bewegungen nicht wahrgenommen. Die gemeinsame Entwicklung eines kollektiven *wir* war ein zentraler Punkt in den Diskussionen des Kongresses. Dem Prinzip der Repräsentation sowohl auf Regierungsebene, als auch innerhalb sozialer Bewegungen wurde die Schaffung eines kollektiven Verständnisses des Lebens entgegen gesetzt.

Mandate eines Kongresses

"Wir haben immer wieder den Dialog mit der Regierung eingefordert und sind dabei gegen Mauern angelaufen. Jetzt reichts! Jetzt machen wir unsere eigenen Mandate, die wir von unten legitimieren und selbst umsetzen."

Das Ziel des Congreso ist offen formuliert: Es geht ums Ganze, das herrschende System soll zu Fall gebracht werden.

Die Schwere der weltweiten Krise, die wir derzeit erleben, bedeutet aus lateinmerikanischer Sicht auch eine Krise der sogenannten westlichen Zivilisation. Dementsprechend ergibt sich die Konsequenz, dass der Kapitalismus keinen Weg für eine lebenswerte Gesellschaft darstellt. Mit dem Congreso soll eine Plattform der Mobilisierung und Aktion konstruiert werden, damit die kommenden Jahre gemeinschaftlich verstanden werden und ihnen mit einer gemeinsamen Strategie entgegen getreten wird. Dafür wurde ein Rahmen für ein "Mandat der Mandate" ausgearbeitet, das die Prozesse der Regionen und gesellschaftlichen Teilbereiche berücksichtigt.

Die dringende Notwendigkeit eines neuen Denkens, einer neuen Sprache und einer neuen Ordnung, die das soziale und natürliche Gleichgewicht des Planeten wiederherstellt, eingeordnet in das Paradigma des Gemeinschaftlichen, in die Vision und Aktion eines neuen sozialen Projekts: "Buen Vivir". Es bedeutet, die Logik von Wachstum, Entwicklung und kapitalistischer Rationalität in Frage zu stellen.

Auf dem Kongress wurden die Mandate entlang der sieben thematischen Eckpunkte erarbeitet, die hier aus dem offiziellen Aufruf zum Congreso zitiert werden[6]. Sie verstehen sich nicht als vollendetes Programm, sondern viel mehr als offene Ansatzpunkte.

1. Land, Territorium, Souveränität:
Die Konstruktion und Bestellung des Landes einbeziehen, die die Gemeinden täglich realisieren und Vorschläge für Autonomie und Selbstbestimmung entwickeln.

2. Ökonomie des Lebens gegen Legitimierung der Vertreibung:
Wir stehen einer Produktionsweise gegenüber, in der Vertreibung und soziale Ungleichheit zur allgemeinen Regel geworden sind. Eine andere ökonomische Logik, in der die Menschen im Vordergrund stehen, ist möglich.

3. Macht aufbauen für das "Buen Vivir":
Politik und Dynamiken der Macht als Prozess und Medium verstehen, um das Potential von sozialem und natürlichem Leben freizusetzen. Integralität und Harmonie zurückgewinnen.

4. Kultur, Diversität und Ethik des Gemeinschaftlichen:
Sich bewusst werden über die multiplen Arten und Weisen, wie wir gemeinschaftliches Leben konstruieren. Hin zu einem Land der Diversität.

5. Leben, Gerechtigkeit und Wege zum Frieden:
Es ist unmöglich, ein Land für alle zu konstruieren, ohne einen Vorschlag für Frieden und Gerechtigkeit zu unterbreiten. Der Ursprung des aktuellen Konflikts liegt in dem sozialen und ökologischen Ungleichgewicht, das das herrschende System produziert hat. Deswegen ist der von uns selbst gesteckte Rahmen nicht auf Zeit und nicht auf Teilbereiche angelegt. Er umfasst das ganze Leben und alle Dimensionen von seinen Beziehungen.

6. Verletzen von Gesetzen und unerfüllte Abkommen:
In all diesen Etappen unseres Weges, sind die Abkommen, die wir mit den Regierungen gemacht haben, verraten, zerstört und missachtet worden. Dies geschah auf die gleiche Art und Weise, wie unsere Rechte systematisch verletzt

Abschlusskundgebung auf der Plaza Bolívar in Bogotá

und ignoriert werden. Wie ein Gedächtnistraining, das unsere Kämpfe stärkt und ein Fundament für sie bildet, müssen wir die Geschichte der Ignoranz unserer Interessen aufzeigen.

7. Integration aller Menschen und Globalisierung des Widerstands:
Kolumbien ist nicht die Grenze, die uns beschränkt. In Lateinamerika und der ganzen Welt sind die Menschen in Bewegung, mit den Visionen anderer Welten im Gepäck. Durch internationale Vernetzung ist es möglich, dass sich unsere Vorschläge verbinden. Sie zu artikulieren und zu verbreiten ist unsere Aufgabe.

Sprechend voranschreiten – aber in welche Richtung?
"Der Erfolg von diesem Prozess hängt davon ab, ob wir es schaffen die Mandate wirklich von unten zu konstruieren."

Der Kongress war aufgrund der massiven Beteiligung und der inhaltlichen Diskussionen, die zwischen den verschiedenen Strömungen der sozialen Bewegungen stattgefunden haben, ein voller Erfolg. Daran ändert auch das geringe Interesse der großen nationalen Medien nichts. Ein Grundstein für einen Transformationsprozess in der kolumbianischen Gesellschaft wurde gelegt, allerdings wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen, ob sich der Prozess weiterentwickelt und etabliert. Die ausgearbeiteten Mandate sollen zurück in die Regionen getragen werden, um sie im nächsten Jahr auf Regionalkongressen mit noch mehr Menschen weiterzudiskutieren. Die Kongresse werden als eigenständige Institutionen gedacht, die auf lange Sicht die bestehenden Institutionen der "falschen Regierung" ersetzen sollen.

Mit der Konstruktion von Mandaten, die von unten legitimiert werden und nicht von einer Regierung, knüpfen die Minga und der Congreso an andere lateinamerikanische Bewegungen an, wie z.B. die APPO in Oaxaca, die Kämpfe um Wasser in Bolivien, die Piqueteros in Argentinien oder die MST in Brasilien. Nicht zuletzt stellen sie sich, Sprache und Form aufgreifend, in eine Reihe mit den Zapatist_innen in Chiapas. Kollektiv schaffen sie "eine Welt in die viele Welten passen". Allen ist gemeinsam, dass sie eine große soziale Basis haben und dass versucht wird, sich das zu nehmen, was den Menschen zusteht, ohne illegitime Autoritäten um Erlaubnis zu fragen. Das Vorhandensein einer großen Basis, die Form, der Inhalt und die Entschlossenheit unterscheiden diese Kämpfe von den meisten Kämpfen in Europa. Die Forderungen verlieren z.B nicht an Radikalität, je größer die Bündnisse werden.

Wie sich die Mobilisierung weiterentwickeln wird und ob sie imstande sein wird, die bestehenden Verhältnisse ernsthaft ins Wanken zu bringen, bleibt abzusehen. Der Erfolg dieser Bewegung wird stark davon abhängen, ob es gelingt, dem Diskurs der "Nationalen Einheit" des Präsidenten Santos Einhalt zu gebieten und ihn als falsches Täuschungsmanöver in der öffentlichen Meinung zu entlarven.

Die über zehn Jahre gewachsene Minga ist bereits ein gefestigter Prozess, während der Congreso de los Pueblos erst noch zu einem werden muss. Bisher ist er noch ein Prozess einer Minderheit, Aber die kollektive Entschlossenheit, die eigene Geschichte gemeinschaftlich in die Hand zu nehmen, scheint kaum aufzuhalten, der Prozess kaum umkehrbar zu sein.

Endnoten:
[1]Die einleitenden Zitate eines jeden Abschnittes sind einem Interview mit einem der zwei Sprecher_innen der Minga, Feliciano Valencia, entnommen, dass die Autor_innen während des Kongresses aufgenommen haben.

[2]Aufstockung von 190 000 auf 250 000 Soldat_innen, hinzu kommen 162 000 Polizist_innen und die geplante Installierung von sieben neuen US-Militärbasen.

[3]Vgl. Zelik, Raul: Die kolumbianischen Paramilitärs

[4]Verschleppung und Ermordung von Jugendlichen durch Militärs, anschließend werden sie in Guerillakleidung als Erfolg im Kampf gegen die Guerilla der Öffentlichkeit präsentiert.

[5]Ein Mandat ist die Akkumulation von vielen Kämpfen und Prozessen. Es ist nicht ein weiterer Text, sondern ein Vorschlag für kollektive Lösungen. Die Mandate beziehen sich auf die grundlegenden Widersprüche der Gesellschaft.

[6]Den kompletten Aufruf (auf deutsch) gibt es hier: http://minga.blogsport.eu/2010/09/30/einladung-congreso-de-los-pueblos/#more-23

Dieser Mensch hier im Bild stählt offensichtlich seinen Körper um „ganz seinen Mann stehen zu können“ und besser in das klischeehafte Bild vom „starken Mann“ zu passen. Man könnte meinen, er versucht sein Geschlecht durch die Produktion von Muskelmasse an seinem Körper sichtbar zu machen. Ein Mann, der seinen Körper nicht derart künstlich aufpumpt, sieht eben nicht so herrlich männlich aus.

Doch irgendetwas irritiert an diesem Bild: Dieser doch so offensichtliche Mann hat gar keine männlichen Geschlechtsteile. Das liegt daran, dass „er“ früher eine Frau war; im allgemeinen Sprachgebrauch heißt das „biologische Frau“. Wie kommt es, dass es möglich ist, erst eine „natürliche Frau“ zu sein und im Laufe des Lebens ein „perfekter Mann“ zu werden? Solch ein Wandel verunsichert viele, weil er die Annahme untermauert, dass Geschlecht nicht biologisch gegeben oder angeboren ist, sondern gemacht wird. Das bedeutet, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, also die bestimmenden Regeln und Werte, auf alle Menschen Druck ausüben. Diese werden vermittelt durch Institutionen und Medien und werden im eigenen Zusammenleben alltäglich wiederholt. So verhält es sich auch in der Geschlechterfrage. Schon vor der Geburt wird die Frage gestellt, die alles entscheiden wird: „Ist es ein Junge oder ein Mädchen?“ Von dem Moment an, in dem die Antwort darauf „klar“ ist, wird das Kind von Eltern, Mit-Kindern, ErzieherInnen und LehrerInnen zu einem Mädchen oder einem Jungen „gemacht“, also „konstruiert“. Dieses ist aber kein rein empfangender Prozess. Diese ordnenden Kategorien werden auch von dieser Person immer wieder reproduziert. Diese Grundeinstellung über Produktion und Reproduktion von Geschlecht ist der Ansatz des (De-)Konstruktivismus. Er geht davon aus, dass Geschlecht sowohl sozial als auch körperlich nicht „natürlich“ ist.

Frauenbezogene Politik und Projekte wie Frauenhäuser, Lesbentelefone usw. sind durch das gewaltförmige patriarchale Verhältnis gegen Frauen genauso nötig wie die Erkenntnis, dass das System der Zweigeschlechtlichkeit und die damit einhergehende Zwangsheterosexualität eine Basis des Patriarchats darstellen.

Damit geht dieser Ansatz wesentlich weiter als das sex- gender-Modell, denn auch in diesem Modell wird von „biologischen“ Männern und Frauen ausgegangen. Sozial wird das Geschlecht durch spezifische Kleidung und Verhaltensweisen konstruiert, die das Kind, und der später erwachsene Mensch, annehmen sollen (Jungs sollen frech, Mädchen eher zurückhaltend sein usw.). Damit einher geht eine ständige Selbstdarstellung als Junge oder Mädchen, Frau oder Mann. Natürlich gibt es Ausnahmen, aber diese bestätigen ja bekanntlich die Regel. Der auf dem Bild zu sehende Mensch zeigt, dass selbst dem Körper kein natürliches, biologisches Geschlecht innewohnt. Erst durch die sozialen und kulturellen Ideale werden die Körper gemacht. Sie erwecken den Eindruck des Natürlichen. In der ständigen Wiederholung von Körperkorrekturen wie dem Einsetzen von Brustimplantaten oder dem Aufpumpen von Muskelmasse werden Körperausprägungen im Laufe des Lebens immer wieder „naturalisiert“. Noch deutlicher wird dieser Prozess bei den Menschen, die mit uneindeutigen „Geschlechtsmerkmalen“ geboren werden. Sie passen nicht in das Bild der zwei sich ausschließenden Geschlechter, deshalb werden diese Menschen brutal verstümmelt. Im Laufe des Lebens müssen diese operativen Eingriffe immer wieder schmerzhaft korrigiert werden. Damit wird ihnen eine freie Entscheidung über ihren Körper und die Möglichkeit zu sexuell lustvollen Erfahrungen genommen. Den Menschen, die mit uneindeutigen „Geschlechtsmerkmalen“ geboren werden, wird ein bestimmtes und damit bestimmendes Leben aufgezwungen. Diese Menschen sind also ganz „natürlicherweise“ ein drittes, viertes, oder was auch immer Geschlecht. Wie können demnach noch „Geschlechtsteile“ für „männlich“ oder

Sag mir, mit wem du schläfst... oder Wie viel Ordnung muss

„weiblich“ stehen? Wie bezeichnen wir eine Person mit „Geschlechtsmerkmalen“, die halb „männlich“, halb „weiblich“ sind? Der Mensch hier auf dem Bild hat weibliche „Geschlechtsteile“, sieht ansonsten aber aus wie ein Mann. Kann „weibliches Geschlechtsteil“ dann noch für „Frau“ stehen? Wie bezeichnen wir diese Person, die sich optisch dem entgegengesetzten Geschlecht durch Hormone und Operationen annähert, bis ein „perfekt männlicher“ Körper geschmiedet wurde, die Genitalien aber nicht verändert wurden? Und welches Geschlecht besaß dieser Mensch vorher, als er sich im „falschen Körper“ geboren fühlte? Wie verhält es sich hier mit den sexuellen Beziehungen dieser Person? Ist sie lesbisch, wenn sie sich jetzt zu „Frauen“ hingezogen fühlt oder doch hetero? Es wird deutlich, Geschlecht und Geschlechterverhältnisse lassen sich nicht so einfach einteilen, wie es immer scheint. Wenn es so offensichtlich wäre, ob nun jemand eine „Frau“ oder ein „Mann“ ist, müsste man das ja nicht immer wieder durch z.B. Äußerlichkeiten betonen. Es scheint sinnvoller, nicht nur von zwei Geschlechtern auszugehen, sondern von einer Vielzahl von Möglichkeiten. In mehreren anderen Bevölkerungsgruppen auf der Welt ist das seit jeher der Fall: Die „Geschworenen Jungfrauen“ in Albanien zum Beispiel, die als kettenrauchende Patriarchen über ihre Familien herrschen und ihre Männlichkeit in blutigen Fehden unter Beweis stellen, in unserem Geschlechtersystem aber als Frauen gelten würden. Wie kommt es, dass die westliche Welt nur von zwei

Geschlechtern ausgeht? Wir leben in einem Wertesystem, dass generell von bipolaren, also von zwei gegensätzlichen, Strukturen ausgeht: Mann - Frau, Natur - Kultur, Körper - Geist, Heterosexuell - Homosexuell, usw. Davon ist immer eines das Höhergestellte - es geht also um Hierarchienbildung und Herrschaftsverhältnisse und gleichzeitig um deren Verschleierung. Die Ausprägung dieses bipolaren Wertesystems, die hier beschrieben ist, also Mann - Frau, ist folglich grundlegend für das Patriarchat und dessen Aufrechterhaltung. Die ihm innewohnenden Mechanismen sind Grundlage zur Unterdrückung jeweils der Hälfte der Personen in patriarchalen Gesellschaften. Um die geschlechtliche Unterdrückung langfristig überwinden zu können ist es wichtig, dass alle Möglichkeiten von „Geschlecht“ und „geschlechtlichen“ Ausdrucksformen anerkannt werden.„Geschlecht“ dürfte nicht mehr als „in-zwei-Pole- aufgeteilt“ gesehen werden gesehen werden, sondern als Kontinuum. Ein Kontinuum bedeutet in diesem Fall, dass „geschlechtliche Ausprägungen“ als fließende Übergänge gesehen werden und nicht mehr als zwei starre Kategorien. Solch ein Kontinuum stellt zur Zeit noch eine Utopie dar, es müsste sich aber langfristig in das Bewusstsein einschleichen. Hierbei ist besonders wichtig zu bedenken, dass dieses Gedankenmodell alleine auch nicht die Lösung sein kann, schließlich sind Gewaltverhältnisse gegen Frauen real und müssen ins Wanken gebracht werden. So kann die alleinige Politik der queer-communities, die durch ihre Identität bewusst oder unbewusst das zweigeschlechtliche System irritieren, in unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation nicht funktionieren. Frauenbezogene Politik und Projekte wie Frauenhäuser, Lesbentelefone usw. sind durch das gewaltförmige patriarchale Verhältnis gegen Frauen genauso nötig wie die Erkenntnis, dass das System der Zweigeschlechtlichkeit und die damit einhergehende Zwangsheterosexualität eine Basis des Patriarchats darstellen.

aus: Kleine Reiseführerin durch den Geschlechterdschungel

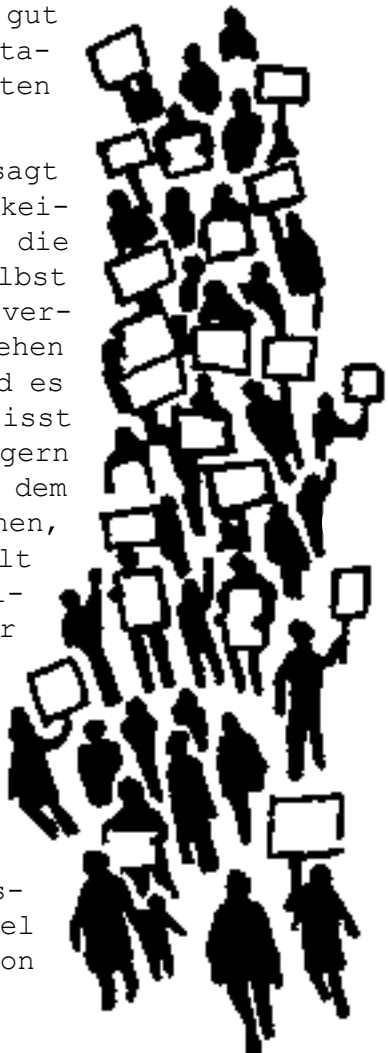
sein ?

liebe redax,

erstmal danke und gratulation fuer die gelungene november-ausgabe!

fand die schwerpunktsetzung auf die aktuellen, krach schlagenden, sozialen kaempfe in oldenburg sehr gut! auch wenn ich sagen muss, dass die sozialen kaempfe in der BRD aus dem blickwinkel des globalen suedens (wo ich mich derzeit befinde) sehr merkwuerdig anmuten. gut, hier tritt die soziale ungleichheit viel massiver, existentieller auf den plan, daher auf ne art auch ne ganz andere soziale bewegung. soziale kaempfe (und vor allem repression dagegen) sind umso brutaler und heftiger. soziale organisierung wird hier vom staat regelmaessig mit politischen morden beantwortet. fuer die leute, die sich organisieren bedeutet das auch ne andere ernsthaftigkeit, zumindest faellt mir das gerade auf. vielleicht ist die moeglichkeit von gesellschaftlicher veraenderung auch viel greifbarer und damit gefaehrlicher fuer den staat. aus der ferne drueber nachgedacht hab ich mich gefragt wie oft wir (als linksradikale bewegung) den staat in den letzten jahren tatsaechlich ernsthaft herausgefordert haben. bin mir aber nicht sicher, ob das nur ein persoenlicher eindruck ist aufgrund der tatsache gerade hier zu sein oder obs tatsaechlich so ist…

ich fand auch den artikel zu sexismus sehr gut. danke fuers abdrucken. aber ich als Weisser, maennlich sozialisierter, heterosexueller akademiker hab da natuerlich auch was zu meckern. wie ihr schon geschrieben habt gibt der artikel ne ziemlich individuelle sicht einer person wieder. ich hab mich da persoenlich und meine eigenen handlungsweisen, sowie meine erfahrungen mit maennlich sozialisierten menschen in der deutschen radikalen linken auch gut (oder schlecht) wieder gefunden. und ich hab in den letzten tagen auch viel ueber den artikel und meine rolle in den letzten jahren nachgedacht…



…trotz allem finde ichs ein wenig vereinfacht oder anders gesagt fehlt mir total der bezug auf praktische handlungsmoeglichkeiten innerhalb der szene. meine erfahrung ist ja auch, dass die „szene" oftmals (wie in den letzten jahren in HH, berlin) selbst mit den krassesten auswuechsen maennlichen sexismus (zb mit vergewaltigungen innerhalb der szene) nicht faehig ist umzugehen bzw. dass der umgang mit vergewaltigern die szene spalten und es keinen konsens gibt, weder darueber was definitionsmacht heisst und warum sie gut ist und noch darueber wie mit vergewaltigern umzugehen ist (totaler ausschluss). von daher fehlt mir in dem text auch ein wenig das eingehen auf konkrete handlungsoptionen, sowohl individuell, als auch kollektiv. der text bleibt da halt stehen, dass sich maennlich sozialisierte ihrer rolle und privilegien bewusst werden muessen. find ich erstmal richtig, aber passiert halt erstmal nicht oder zumindest meiner erfahrung nach nur bei sehr, sehr wenigen. und was machen wir (maennlich sozialisierte) nun damit und was folgt daraus?

hinzu kommt m.E., dass die wirklichkeit zu allem unglueck oftmals noch viel komplexer erscheint und es nicht mit dem widerspruch (mann vs. frau, bzw. dem patriarchchat) getan ist. meiner erfahrung nach ueberlagern sich oft widerspruchslinien und da erscheinen dann handlungsoptionen oft noch viel vertrakter. beispielsweise war ich letztens auf nem treffen von

sozialen bewegungen, in dem ne indigene gruppe (von maennern) ueber ein staudamm-projekt berichtet haben und dass in diesem fall transnatioanle (vor allem europaeische) konzerne ihre komplette lebensgrundlage zerstoeren werden (uebrigens auch die grundlage der indigenen frauen, die dort leben, aber die waren nicht eingeladen, zumindest nicht als referent_innen). es gab dann ne gruppe von europaeischen frauen (alles akademikerinnen), die sich an der sexistischen sprachweise der maenner gestoert haben. meiner meinung nach zu recht. aber wenn dass dann die einzige anmerkung auf nen vortrag von anderthalb stunden ist, die von „euopaeischer" seite kommt ist das meiner meinung nach auch sehr zwiespaeltig, in dem fall auch widerspruechlich. was ich sagen will ist, dass die ganze sache mit den widerspruchslinien total vertrakt ist und ich da erstmal keine antwort drauf hab. fuer mich persoenlich ists irgendwie so, dass letztlich erstmal jede bewegung meine solidaritaet geniesst, die ich persoenlich fuer in irgendeiner weise emanzipatorisch halte. auch wenns zb ne antirassistische ist, die auch teilweise sexisitisch ist. oder ne antikapitalistische, die teilweise sexismen oder rassismen reproduziert. weil wer das negiert muesste ja auf die perfekte bewegung warten, die alles beruecksichtigt. das waer natuerlich sehr nett, aber meiner erfahrung nach gibts die nicht. zu allem ueberfluss steckt der ganze scheiss ja auch in einem selber drin, was ich wiederum gut fand, dass der text das heraushebt, dass sich eben niemand entziehen kann und ausserhalb steht…

schade fand ich auch, dass ihr im editorial den widerstand gegen S21 als kleinbuergerlichen scheiss abtut. ich meine ich bin da auch sehr skeptisch (soziale bewegung im schwabenland kann irgendwie nicht emanzipatorisch sein ;-)), aber ich wuerds auch nicht nur als kleinbuergerlichen scheiss abtun. kommt mir bei Eurem editorial aber irgendwie so vor. und ja, es mutet erstmal komisch an, wenn buergers auf die strassen gehen und sich dann ueber polizeigewalt aufregen. fuer „uns" als linksradikale aktivist_innen ist das natuerlich alltag, aber irgendwie lese ich da zwischen den zeilen auch ne gute portion linksradikale arroganz. aber ists nicht – um oben anzuknuepfen – auch n privileg von linksradikalen akademiker_innen ne zeitschrift zu veroeffentlichen und dann uebers kleinbuergertum abzukotzen wenn die mal auf die barrikaden gehen, find ich halt nicht so gelungen. wie gesagt inhaltlich bin ich da wohl nicht weit weg von Eurer kritik, aber fand die arroganz die da mitschwingt nicht so doll. ausserdem fand ichs auch n bischen unangebracht, immerhin wurde da jemandem von nem wasserwerferstrahl das auge rausgeschossen und auch wenns n buerger ist, wuerde ich da erstmal mehr respekt erwarten, wenn dann leute ueber polizeigewalt jammern. aber jut, ist nur so n gedanke dazu.

wie gesagt, trotz allem oder – gerade wegen allem – total toll Eure zeitung da und ne gelungene ausgabe. hoffe es gibt viele weitere davon und wuensch Euch viel gewinnbrigendes weiterarbeiten (und auch mal schoki!!!, sorry kann ich grad nicht mit dienen, aber versuchs nachzuholen)…

liebste gruesse und ne umarmung

ein maennlicher sozialisierter, Weisser, heterosexueller akademiker

ps: falls ihr denkt, dass ich totalen unfug geschrieben hab, lassts mich gerne wissen und kotzt Euch aus ;-))

Afrique-Europe-Interact: Perspektiven des Widerstands

Eine antikoloniale Veranstaltungsreihe zum Widerstand in Westafrika und Europa und Perspektiven internationalistischen Widerstands gegen Neokolonialismus und für Bewegungsfreiheit.

Alle Veranstaltungen werden im Alhambra und auf deutsch und französisch stattfinden.

Afrique-Euro-Interact. ***Ein Netzwerk von Unten gegen das EUropäische Migrationsregime und die Ausbeutung des Globalen Südens***
Do., 06.01.2011, 19 Uhr

Zouglou. Zur revolutionären Musikkultur der Studierendenbewegung in der Elfenbeinküste
Do., 13.01.2011, 19 Uhr

Burkina Faso zwischen Kolonialismus und Widerstand
Mo., 17.01.2011, 20:30 Uhr

Zerreißprobe – sexualisierte Gewalt in der linken Szene

Wie kann praktische antisexistische Unterstützungsarbeit aussehen?
Eine Veranstaltung zu Konzepten, Schwierigkeiten und Fragen.

Dienstag 11. Januar 2011 19.30 Uhr Alhambra

Veranstalter_innen: autonome Feminist_innen aus dem Alhambra

Unterstützter_innen: Autonomes Feministisches Referat der Uni OLdenburg, Deutscher Gewerkschaftsbund

Findet in einem sozialen Zusammenhang ein sexualisierter Übergriff statt, so entstehen dadurch besondere Anforderungen an das Umfeld der betroffenen und der als übergriffig empfundenen Person. Insbesondere dann, wenn zu beiden Personen enge Beziehungen bestehen, geraten die Unterstützer_innen in (innere) Konflikte. Es drängen sich Fragen auf wie z.B.:

- Wie kann ich als Unterstützer_in damit umgehen, wenn die Forderungen der betroffenen Person meine Kapazitäten übersteigen oder sich Zweifel in mir regen?
- Welchen Umgang wählen, wenn sich der_die Täter_in nicht an die Forderungen der betroffenen Person hält bzw. erklärt sie seien unangemessen?

In feministischen/ antisexistischen Kontexten wurden in den letzten 40 Jahren Konzepte zum Umgang mit sexualisierter Gewalt entwickelt, in denen Schlagworte wie „Parteilichkeit", „Definitionsmacht" bzw. „-recht", und „betroffenenkontrollierter Ansatz" eine Rolle spielen. Diese Konzepte werden ständig weiterentwickelt, beeinflusst durch gesellschaftliche Entwicklungen, praktische Erfahrungen und Kämpfe von sozialen Bewegungen. So wiesen schwarze Feminist_innen in den 80er Jahren darauf hin, dass Herrschaftsverhältnisse miteinander verwoben sind (zum Beispiel Rassismus und Sexismus) und forderten eine Hinterfragung des bis dahin dominanten Verständnisses der Kategorie Frau. Eine weitere gesellschaftliche Veränderung ist, dass heute mehr Aufklärung in Bezug auf sexuelle Gewalt durch die in der zweiten Frauenbewegung erstrittenen Beratungsstellen besteht.

Durch Input von Menschen aus unterschiedlichen Praxisfeldern (soziales bzw. politisches Umfeld/ AntiRaCamps/ Täter_innenarbeit) gibt es die Möglichkeit ohne konkreten Handlungsdruck unterschiedliche Grundsätze und Konzepte von Unterstützungspraxis kennen zu lernen, Fragen zu stellen und zu diskutieren.

Streiks in China – Buchvorstellung und Diskussion

Dienstag, 25. Januar 20:30 Uhr Subklub, Alhambra

Mitte 2010 rollte eine Streikwelle durch die Fabriken Chinas. Die WanderarbeiterInnen erkämpften sich höhere Löhne und lösten eine weltweite Debatte über das Ende des Niedriglohnmodells aus, das hinter Chinas Aufstieg zur „Fabrik der Welt" steht und auch Europa billige Konsumgüter beschert.

Im Oktober 2010 ist bei Assoziation A das Buch „Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China" erschienen. Pun Ngai und andere AutorInnen aus China analysieren das Schicksal und die Kämpfe verschiedener MigrantInnengruppen darunter Bau-, Fabrik- und SexarbeiterInnen und beleuchten die Hintergründe der aktuellen Streiks und Klassenbildungsprozesse in China.

Bei der Veranstaltung wird einer der Herausgeber das Buch vorstellen und die Streikwelle und ihre Hintergründe darstellen. In der Diskussion wird es auch um die Frage gehen, inwieweit sich heute in Zeiten der Krise und zunehmender sozialer Kämpfe in verschiedenen Teilen der Welt neue Formen der Bezugnahme, des Austauschs und der Unterstützung finden lassen. http://www.gongchao.org

Januar 2011

Sa.	1.1.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty „Après ski“
Do.	6.1.	19:00	VA: Afrique-Euro-Interact. Ein Netzwerk gegen Migrationsregime und Neokolonialismus
Fr.	7.1.	22:00	Mash up di place – Reggae Dancehall
Di.	11.1.	19:30	VA: Antisexistische Unterstützungsarbeit
Do.	13.1.	19:00	VA: Zouglou. Zur revolutionären Musikkultur in der Elfenbeinküste
Fr.	14.1.	22:00	Soliparty mit elektronischer Musik
Sa.	15.1.	22:00	Männerfabrik
Mo.	17.1.	20:30	VA: Burkina Faso zwischen Kolonialismus und Widerstand
Sa.	22.1.	22:00	Antira-Soli-Party
Di.	25.1.	20:30	Subklub: Buchvorstellung „Streiks in China“
Fr.	28.1.	21:00	Punk-Konzert
Sa.	29.1.	23:00	Rosa Disco

Februar 2011

Fr.	4.2.	22:00	Mash up di place – Reggae Dancehall
Sa.	5.2.	22:00	Homophilias
Fr.	11.2.	23:00	Klick-Klack-Konzert: PanPot
Sa.	12.2.	21:00	Soli-Konzert (Hausbesetzung 1. Mai)
Fr.	18.2.	22:00	100 DJs Tanzveranstaltung
Sa.	19.2.	22:00	Männerfabrik
Fr.	25.2.	22:00	Soli-Party (Hausbesetzung 1. Mai)
Sa.	26.2.	22:00	Rosa Disco

Infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h
Fr.	16h - 19h

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenTransKneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum
3. Mi.	21:00	Punkkneipe

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe